



Familienpolitik in Sachsen

Dokumentation zur Fachregierungserklärung
„Anerkennung, Wertschätzung, Verlässlichkeit –
für starke Familien in Sachsen“
am 29. Januar 2014 im Sächsischen Landtag

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorwort

Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von Tauschein, sexueller Orientierung oder der Form, in der sie zusammenleben.

Wir stehen für eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik und wollen gleichwertige Entwicklungsbedingungen für die Einzelnen schaffen, unabhängig von der Familienform, die ein Mensch gewählt hat. Somit verstehen wir unter Familienpolitik auch Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung, Forderungen nach einem auskömmlichen Mindestlohn und einer Kindergrundsicherung, das Recht auf Vollzeitarbeit nach Phasen der Teilzeit oder die Abschaffung von Minijobs und prekärer Arbeit. Das unterscheidet uns von der CDU, denn sie setzt vor allem auf die Ehe als Leitbild für eine stabile Lebensgemeinschaft. Von diesem Bild sind auch oft familienpolitische Rahmensetzungen abgeleitet wie zum Beispiel das Festhalten der sächsischen Landes-CDU am Landeserziehungsgeld oder der Bundes-CDU am Ehegattensplitting und den Bedarfsgemeinschaften. Ein-Eltern-Familien hingegen werden schnell als „unvollkommene“ Familien abgestempelt.

Dabei sind die Lebensweisen heute vielfältig: Die einen leben allein, die anderen in einer Kommune, die nächsten in einer Wohngemeinschaft oder in verschiedenen Haushalten. Viele gehören verheiratet oder „in wilder Ehe“ lebend als Mann und Frau zusammen, andere Haushalte als Eltern und (erwachsenes) Kind, weitere als Mann und Mann oder Frau und Frau. Manche Menschen können mit derlei Zuschreibung gar nichts anfangen. Aus diesen unterschiedlichen Lebensweisen schließen wir, dass die Privilegierung einer bestimmten Lebensform nicht mehr zeitgemäß ist.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass die notwendige Unterstützung für Familien in unterschiedlichsten Lebenslagen nicht von der Kassenlage abhängig gemacht wird, denn wenn diese (angeblich) nicht gut genug ist, wird in der Familienbildung, der Familienberatung und der Familienerholung oft auf Kosten derjenigen Familien zuerst gekürzt, die dies besonders brauchen würden.

In der Landtagsdebatte am 29. Januar 2014 zur Fachregierungserklärung der Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Christine Clauß, zum Thema „Anerkennung, Wertschätzung, Verlässlichkeit – für starke Familien in Sachsen“ ging es um all diese familienpolitischen Aspekte. Deshalb dokumentieren wir sie mit dieser Broschüre.

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Heike Werner
Sprecherin für Familienpolitik

Tagesordnungspunkt 1

Fachregierungserklärung zum Thema:

**„Anerkennung, Wertschätzung, Verlässlichkeit –
für starke Familien in Sachsen“**

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich übergebe das Wort an die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Christine Clauß. Bitte, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Christine Clauß, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Martina und Martin leben mit ihren drei Kindern in der Nähe von Plauen. Beide Eltern arbeiten Vollzeit. Die Kinder besuchen die Kita oder die Schule und nutzen gern verschiedene Freizeitangebote. Mutter Martina ist außerdem im Ehrenamt aktiv. Dies alles schaffen die fünf durch einen strengen Zeitplan sowie die Hilfe von Martins Mutter und der Nachbarn.

Susann lebt mit ihrer Tochter Sophie in Görlitz. Sophie ist mit dem Down-Syndrom auf die Welt gekommen. Vor allem die vielen Arztbesuche sind Herausforderungen für die beiden. Das alles schaffen sie gut allein; im Notfall helfen Oma und Opa.

Nicole und Nadine sind Mitte 30, arbeiten beide im Klinikschichtdienst und leben mit ihren zwei Kindern in Dresden. Mit Hilfe von Nadines Eltern und einer Kindergruppe meistern sie ihren Alltag.

Familie Müller aus Meißen – das sind Monika und Matthias mit ihren Kindern Maik und Max. Maik ist schon erwachsen und hilft der Familie; denn Max leidet seit seiner Geburt an einer Komplettspastik, und beide Eltern sind als Selbstständige voll berufstätig. Hilfe bekommen sie von einem Pflegedienst und Max' Freunden.

Patchworkfamilie Petersen hat sich neu zusammengefunden: Petra mit ihren Töchtern Paula und Penelope, dazugekommen ist Peter. Gemeinsam haben sie Pius. Die größte Herausforderung für die fünf liegt – wie in jeder Familie – in der Koordination von Arbeit, Kita, Schule, den Wegen dorthin und den Hobbys der Kinder. Unterstützung bekommen sie von Mamas Eltern und Papas Schwestern, aber auch von den Nachbarn und einem Patenonkel.

Zu den Schmidts aus Nordsachsen gehören Sybille und ihr Sohn Stefan. Sybille ist alleinerziehende und damit auch alleinverdienende Mutter. Hilfe bekommen die beiden von den Großeltern und von Sybilles Arbeitgeber. Sie hat flexible Arbeitszeiten.

Oliver Schulze lebt mit seinem Sohn Oskar seit ein paar Jahren allein. Oskar wächst und gedeiht. Aber Oliver hat sehr unterschiedliche Arbeitszeiten und oft Bereitschaftsdienst. In diesen Fällen hilft Opa Olaf, der auch alleinstehend ist. Die drei sind eine eingeschworene Männerwirtschaft, und sie haben dabei Spaß.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Diese Aufzählung ist anonymisiert und nicht vollständig. Ich könnte weitere Beispiele nennen; auch Sie kennen sicherlich eine ganze Menge.

Eines zeigen diese Beispiele sehr deutlich: So leben Familien heute. Das sind Familien heute. Wenn auch sehr komprimiert aufgeführt, so ist die Pluralität von Lebensformen deutlich geworden. Die eine Familie gibt es nicht. Jede Familie ist einzigartig und hat ganz eigene Bedürfnisse.

Und doch ist allen eines gemeinsam: Generationen sind miteinander verbunden und übernehmen füreinander Verantwortung. Familie ist die Verantwortungsgemeinschaft unserer Gesellschaft – auf der Grundlage von Liebe, Vertrauen, Freiheit und Verlässlichkeit.

Pluralität sieht auch der Mikrozensus, der unter „Familie“ alle Eltern-Kind-Gemeinschaften versteht und in Sachsen 2012 516.800 Familien gezählt hat. Davon sind über die Hälfte – fast 300.000 – Verheiratete mit Kindern.

Sehen wir in die Zukunft, stellen wir fest: Dies wird so bleiben; denn 41 % unserer Jugendlichen geben an, in zehn Jahren verheiratet zu sein. 55 % sind

sogar überzeugt, dass sie in zehn Jahren ein oder mehrere Kinder haben werden. Je älter unsere Jugendlichen werden, umso mehr wünschen sie sich für sich selbst eine Zukunft in einer Ehe mit Kindern. Das heißt, unsere Jugendlichen sagen Ja zur Familie, Ja zum Wert der Familie. Daran hat sich in den letzten Jahren nicht viel geändert. Das zeigt: Familie ist kein Auslaufmodell.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Deshalb stehen Familien unter unserem besonderen Schutz. Das sagen nicht nur unser Herz und unser Verstand, sondern auch aus gutem Grund – als Auftrag – Artikel 6 des Grundgesetzes und Artikel 22 unserer Sächsischen Verfassung.

Mein beherztes Ja zu Ehe und Familie birgt keine Geringschätzung anderer Familienkonstellationen und Lebenssituationen in sich.

Artikel 6 und Artikel 22 werden getragen von zwei unterschiedlichen, sich aber ergänzenden Gedanken:

Erstens. Die Erziehung ist Aufgabe der Eltern, verstanden als Recht und Pflicht.

Zweitens. Der Staat hat insoweit ausschließlich eine Wächterfunktion und greift nur dann ein, wenn Eltern ihre Pflicht nicht erfüllen wollen oder können.

Diese grundsätzliche Freiheit für unsere Familien ist mir besonders wichtig; denn die meisten Familien wissen sehr gut, was für sie am besten ist. Deshalb mein Dank – ich gehe davon aus, im Namen aller hier im Hohen Haus zu sprechen – an alle Familien für das, was sie täglich leisten.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei den LINKEN und des Abg. Martin Dulig, SPD)

Geben wir Familien den Freiraum, den sie brauchen, und Unterstützungsleistungen, die sie annehmen können, wenn sie sie brauchen! Deshalb haben wir in den Koalitionsvertrag geschrieben: „Wir wollen Eltern in ihrer Verantwortung für die Familien stärken. Wir unterstützen ein selbstbestimmtes Familienleben in Sachsen.“

Wie diese Unterstützung aussieht, ist heute Thema der Fachregierungserklärung.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Unsere sächsischen Familien leisten jeden Tag ungeheuer viel. Sie meistern ihren Alltag auf ihre ganz persönliche Art und Weise. Sie halten damit unsere Gesellschaft zusammen und geben ihr eine Zukunft. Familien sind der Ort, wo Kinder Liebe und Zuneigung bekommen. Familien sind der Ort, an dem unsere Kinder die Werte erlernen, die sie für ihr ganzes Leben prägen, die ihren Lebensweg beeinflussen. Hier wird das Fundament für unser Zusammenleben gelegt. Die Kinder erfahren das, was für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt zählt: Bindung, Fürsorge, Zuwendung, Verantwortung, Vertrauen, Selbstvertrauen, Wissen und Fähigkeiten.

Familien sind der Ort, wo Kinder Kinder sein können, wo nicht jede Sekunde des Tages verplant wird, wo Freizeit zugelassen wird. Unsere Familien prägen uns für unser Leben und geben uns zugleich ein Leben lang Schutz. Auf Familie kann man sich verlassen.

Hier geht es übrigens nicht um das idealisierte Bild der heilen Familie, um die rosarote Familienidylle. Aber darauf komme ich später noch einmal zurück.

In die Familie kann man nach einem Rückschlag zurückkehren. Familie ist Zentrum und Rahmen unseres Lebens. Niemand kann die Leistungen an Solidarität, die in Familien erbracht werden, ersetzen. Denken wir nur an die Erziehungsarbeit der Eltern oder an die Pflege der Großeltern. Dafür verdienen unsere Familien Respekt, Anerkennung, Wertschätzung und Verlässlichkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Anerkennung und Wertschätzung sind Grundlagen all unserer politischen Entscheidungen, vor allem dann, wenn wir die Lebenswirklichkeit der Familie erkennen und kennen und Klischees wie „Glucke“ oder „Rabenmutter“ hinter uns lassen, wenn es unser Anspruch ist, mit Respekt die Leistungen der Familien zu begleiten. Anerkennung und Wertschätzung können wir aber nicht verordnen. Das liegt im Verantwortungsbereich der gesamten Gesellschaft, jedes Einzelnen. Wir können aber an jeden Einzelnen appellieren – appellieren, sein Verhalten und sein Handeln familienfreundlich und vor allem kinderfreundlich zu gestalten. Beobachten wir uns selbst, ob und wie wir Kindern und Jugendlichen gerade in der Öffentlichkeit genügend Raum geben!

Wir sollten in unserem täglichen Handeln anerkennen und wertschätzen, was Familien jeden Tag leisten.

Neben Anerkennung und Wertschätzung ist für unsere Familien eines sehr wichtig: Verlässlichkeit, und zwar in den drei Bereichen Geld, Zeit und Infrastruktur. Unsere Familien verdienen finanzielle Verlässlichkeit. Dazu gehört in erster Linie ein sicheres Einkommen. Die wirtschaftliche Situation in Sachsen ist positiv und wirkt sich dementsprechend günstig auf den Arbeitsmarkt aus. Bei 9,1 % Arbeitslosigkeit und 68,2 % arbeitenden Müttern wissen wir, dass die meisten sächsischen Familien ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Damit aus diesem sicheren Einkommen auch ein auskömmliches wird, werde ich mich dafür einsetzen, dass das Kindergeld erhöht sowie der steuerliche Entlastungsbetrag angehoben und von der Zahl der Kinder abhängig gemacht wird. Ich werde ein waches Auge darauf haben, dass dies auch zeitnah kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dennoch gebe ich die Forderung nicht auf, dass am Ende ein Familiensplitting stehen sollte.

Das beste Einkommen nützt aber nichts, wenn die Ausgaben immer mehr steigen. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum in der Stadt und auf dem Land, bezahlbare Energie und angemessene Lebenshaltungskosten sowie finanzielle Unterstützung direkt nach der Gründung ihrer Familie. Die Elternzeit und das Elterngeld waren hier die richtigen Maßnahmen. Ziel war nicht, die Geburtenrate zu erhöhen, sondern die wirtschaftliche Situation junger Familien verlässlicher werden zu lassen. Mit mehr Geld allein werden unsere Familien nicht kinderreicher, aber 65 % des Lohnes in den ersten zwölf bzw. 14 Monaten helfen in dieser Zeit sehr wohl ...,

... um nicht noch weiter Berufstätigkeit und Kinderwunsch auseinanderdriften zu lassen. Das ist finanzielle Verlässlichkeit, genauso wie das Betreuungsgeld in Sachsen sehr gut angenommen wird. Zum 31.12. gab es insgesamt 3.824 Erstanträge zum Betreuungsgeld, davon sind bereits 3.484 bearbeitet. Nur ganz wenige wurden abgelehnt.

Zur finanziellen Verlässlichkeit gehört aber auch, dass wir Familien mit geringem Einkommen besonders unterstützen. Deshalb gibt es den Kinderzu-

schlag. Kinderarmut darf es in einem so hoch entwickelten Land wie dem unseren nicht geben – und eine unfaire Diskussion darüber erst recht nicht. Wir sollten schon alle von denselben Zahlen ausgehen, wenn wir von Kinderarmut sprechen.

Vom Bund werden zusätzliche Leistungen über das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht. Die Essensversorgung wurde vom ersten Tag an gut angenommen. Hier zahlt es sich aus, dass in Sachsen Kitas und Schulen das Essen flächendeckend anbieten. Mittlerweile ziehen die Leistungen zur Bildung nach, Vereinssport, Nachhilfe und vieles mehr, und das ist auch gut so. Unsere Kommunen und Jobcenter sind hier eine große Unterstützung, denn sie beraten Familien zu diesen Leistungen. Die Priorität muss allerdings dahin gehen, dass der Bildungsansatz des Bildungs- und Teilhabepaketes noch stärker ausgebaut wird; denn nur Bildung sichert Kindern eine Zukunft in ein selbstverantwortetes und selbstbestimmtes Leben und die Möglichkeit, ohne staatliche Unterstützung für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Kein Kind kann sich aussuchen, ob es unter einer Bücherwand oder dem neuesten HD-Fernseher groß wird.

Auch der Freistaat Sachsen unterstützt einkommensschwache Familien mit ganz vielfältigen Maßnahmen, die ich kurz nennen möchte. Erstes Beispiel ist der Familienpass, der Eltern mit drei Kindern oder Alleinerziehenden mit zwei Kindern den Zugang zu kulturellen Einrichtungen des Landes erleichtert. Zweites Beispiel sind unsere Angebote für Freizeit und Erholung für Familien, die sich sonst keinen Urlaub leisten können. Drittes Beispiel ist unsere Stiftung „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“, die Einkommensschwache, Schwangere und Familien in Not unterstützt. Viertes Beispiel sind unsere staatlichen Vorschüsse, wie der Unterhaltsvorschuss. Keinen Unterhalt für seine Kinder zu zahlen ist bei Weitem kein Kavaliersdelikt. Hier müssen wir streng sein, aber nicht zulasten der Kinder.

Sie sehen, Familien können sich auf finanzielle Unterstützung verlassen, und wir werden auch in Zukunft im Blick haben, an welchen Stellen Familien finanzielle Hilfe am ehesten benötigen. Aber ich füge hinzu: Die beste Lösung ist und bleibt für alle Familien ein sicherer Arbeitsplatz und ein auskömmliches Einkommen. Deshalb ist Wirtschaftspolitik auch Familienpolitik.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Letztlich haben alle Ressorts eine Verantwortung gegenüber Familien. Familienpolitik ist ressortübergreifend.

Meine Damen und Herren! Es geht nicht nur ums Geld allein. Die Frage, was ist uns Familie wert, braucht nicht nur eine Antwort in Euro und Cent. Nein, sie muss auch eine Antwort in Stunden und Tagen haben. Familien brauchen Zeit. Aber woher nehmen? Die Arbeitswelt erfordert viel. Die Arbeitnehmer von heute müssen besonders flexibel und mobil sein. Zugleich brauchen wir durch den demografischen Wandel und den steigenden Fachkräftebedarf mehr Frauen, die eine gute Ausbildung in den Arbeitsmarkt einbringen. Unser Tag, unsere Woche, unser Leben wird augenscheinlich von der Erwerbsarbeit dominiert. Sie ist unser Taktgeber. Beschleunigung ist das Zeichen unserer Zeit. Damit stehen wir vor der größten Diskrepanz. Wir wollen, dass Familien mehr Zeit haben, brauchen diese Zeit aber auch für Wirtschaft und Verwaltung. Wir wollen, dass Büro – und hier steht Büro auch für andere Arbeitsplätze – und Familien nicht konkurrieren, sondern harmonisieren und Familien sich nicht immer erklären müssen. Wir wollen, dass Familien wählen können, wie viel sie arbeiten und wie viel Zeit sie mit sich selbst verbringen, stehen aber vor der Herausforderung, dass das Bild der in Vollzeit arbeitenden Eltern zum gesellschaftlichen Ideal stilisiert wird.

Aber Familienfreundlichkeit bedeutet nicht unbedingt Kinderfreundlichkeit. Kinderfreundlichkeit muss aber Maßstab unseres Handelns sein. Kinder sind die Taktgeber. Das ist jeden Tag aufs Neue ein Balanceakt. Denken Sie nur an die Situation arbeitender Eltern, wenn die Kinder mal krank werden oder wenn Kinder chronisch krank oder behindert sind. Das schaffen wir nur gemeinsam mit den Unternehmen. Unsere Allianz für Familien arbeitet kontinuierlich daran, den Unternehmen Familienfreundlichkeit als Chance und Potenzial aufzuzeigen, zum Beispiel mit guten Vorbildern. Deshalb unterstützen wir die Bertelsmann-Stiftung und verleihen in Sachsen das Qualitätssiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“.

Wenn Familien Spielräume haben, um Familie und Beruf zumindest einander näherzubringen, erhöht das die Motivation des Einzelnen. Um die Unternehmen dabei zu unterstützen, brauchen wir Regelungen, die diese Spielräume schaffen, wie zum Beispiel Beratungsstellen zur Vereinbarkeit. Wir brauchen außerdem die Rückkehrmöglichkeit aus der Teilzeit in die Vollzeit. Heim- und Tele- Heimarbeitsplätze, Arbeitszeitmodelle für Alleinerziehende und Le-

bensarbeitszeitkonten sind Möglichkeiten, die wir gemeinsam mit den Unternehmen intensiv prüfen.

Wir brauchen Familienfreundlichkeit schon in der Ausbildung und im Studium, denn wann gibt es den richtigen Zeitpunkt für Kinder? Den gibt es nicht. Und den gibt es vor allem nicht für alle gleich. Genauso brauchen wir am anderen Ende der Arbeitszeit die Anerkennung der Erziehungsleistungen mit einer auskömmlichen Rente. Das steht alles im Zusammenhang. Im Verlauf unseres Lebens brauchen wir Kontinuität und im Arbeitsleben eine gewisse Sicherheit.

Die bereits beschlossene Mütterrente ist ein wichtiger Schritt dahin. Gleichwohl werde ich darauf achten, dass die Generationengerechtigkeit gewahrt wird. Ich setze mich für die Finanzierung aus Steuermitteln ein, damit sich alle an der Finanzierung beteiligen. Das ist solidarisch.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Neben flexiblen Arbeitszeitmodellen brauchen wir ebenso passgenaue und bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Betreuung ist nie nur aufpassen und hinsehen. Betreuung ist gleichwohl Bildung und Entwicklungsförderung. Das heißt, die frühkindliche Bildung ist der wichtigste Ansatz. Faszinierend sind die Ansätze der Fremdsprachenerziehung schon bei Zweijährigen und die Förderung dessen bis zum Schulende. In Sachsen können wir bei den Betreuungsangeboten bereits auf gute Erfolge blicken. Wir haben ein dichtes Netz von 2.800 Kindertageseinrichtungen. 47,2 % der unter Dreijährigen nehmen ein öffentliches Betreuungsangebot wahr. Bei den über Dreijährigen sind es sogar 96 %, und 80 % aller Sechs- bis Elfjährigen gehen in einen Hort. 6.900 Kinder werden von 1.470 Tagespflegepersonen betreut. Dafür geben wir 2014 über 430 Millionen Euro Zuschüsse zu den Betriebskosten und 30 Millionen Euro für den Ausbau von Kita-Plätzen bzw. deren Sanierung und Modernisierung. 99,3 % der 13 Millionen Euro vom Bund wurden dank unserer Kommunen bereits für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen bewilligt. Eine weitere Million geben wir als Land für Betriebskindergärten aus, was derzeit bereits 25 Unternehmen nutzen. Aber hier ist noch Luft nach oben. Werben wir bei den Unternehmen weiter für Betriebskindergärten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Jeder Mensch hat Vater und Mutter. Jeder entstammt einer Familie und lebt mehr oder weniger

Familienbande. Familien bestehen aus Kindern und Eltern, nicht nur bis die Kinder 18 Jahre alt sind. Kind ist man immer und übernimmt Verantwortung für seine Eltern, wenn sie älter werden und Hilfe benötigen. Von 139.000 Pflegebedürftigen in Sachsen werden über zwei Drittel zu Hause versorgt. Unsere Familien sind Deutschlands größter Pflegedienst. 2030 werden bereits 190.000 Pflegebedürftige in Sachsen sein.

Dafür haben wir bereits wichtige Vorkehrungen getroffen, zum Beispiel mit unserer Initiative „Pro Pflege Sachsen“. Gemeinsam mit den Kostenträgern und Leistungserbringern wollen wir konkrete Ziele vereinbaren, und zwar zur Stärkung der Qualität und des Ansehens der Pflege, zur Entlohnung auf der Grundlage von Tarifen und wirtschaftlich angemessenen Pflegevergütungen, zur Erhöhung der unbefristeten Vollzeitverhältnisse, wenn von den Beschäftigten gewollt, zur Unterstützung niedrigschwelliger Angebote und dazu, wie wir unsere gut ausgebildeten Pflegekräfte im Land halten, denn: An Ausbildungsplätzen mangelt es nicht.

Die Formulierung von gemeinsamen Zielen war ganz wichtig, und ich bin überzeugt, dass sich alle Beteiligten mit großem Engagement um die Umsetzung bemühen werden. Damit gehen wir die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft an und knüpfen an bereits bestehende Angebote an. Die Einführung der Familienpflegezeit im Bund war dafür ein ganz wichtiges Signal. Auch die Pflege der Angehörigen darf nicht ständig mit dem Arbeitsplatz konkurrieren. Im Freistaat gehen wir durch den Ausbau der Vernetzten Pflegeberatung in unseren Landkreisen und kreisfreien Städten einen guten Weg. Die Beratung zu Hause ist individuell, passgenau und wohnortnah und unterstützt die Pflegebedürftigen, aber auch die Angehörigen bei der Wohnungsanpassung, bei der Versorgung mit Essen auf Rädern, bei der Suche nach dem richtigen Pflegedienst und vielem mehr.

Neben dieser gezielten Beratung müssen sich alle Dienstleister noch stärker vernetzen. Maßnahmen wie das Entlassmanagement und Angebote wie unsere Geriatrienetzwerke nutzen den Angehörigen vor allem dann, wenn sie Hand in Hand arbeiten.

Hinzu kommen unsere Solidarmodelle. Da ist das bekannte und sehr erfolgreiche Projekt der Alltagsbegleiter, unsere „Tausendfüßler“. Nach der Evaluation haben wir das Projekt mit Landesmitteln erweitert und damit auch

Ruheständlern die Teilnahme ermöglicht. Die Nachbarschaftshelfer nach dem Sozialgesetzbuch XI runden diese Maßnahmen ab. Damit entlasten wir unsere Pflegedienste, die so viel leisten – auch dafür meinen Dank!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

– und ermöglichen unseren Hochbetagten Hilfe durch vertraute Menschen aus ihrem Umfeld.

Wir bleiben an dieser Stelle aber nicht stehen. Das können wir uns nicht leisten. Unser nächstes Projekt sind Seniorengenossenschaften. Der Auftaktkongress im September letzten Jahres hat viel Interesse gezeigt und noch mehr ausgelöst. Jetzt gilt es, diese Möglichkeiten auszubauen und zu unterstützen, alles mit dem Ziel, unseren Hochbetagten ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, denn das wünschen sich neun von zehn. Hier meine ich nicht nur Sessel, Schrankwand und Fernseher, sondern echte, soziale, gesellschaftliche Teilhabe. Das Miteinander der Generationen ist unser aller Anspruch und die Grundlage für eine funktionierende, warmherzige Gesellschaft.

Aber, meine Damen und Herren Abgeordneten, verlieren wir nicht den Aspekt der Zeit aus den Augen. Jeder von uns hat nur Tag und Nacht – egal, ob voll berufstätig oder in Teilzeit, egal, ob mit zwei oder fünf Kindern, egal, ob die Eltern/Angehörigen fit sind oder Hilfe brauchen.

Wie schaffen wir unseren Familien also die vielbeschworenen Freiräume? Dafür brauchen wir eine funktionierende Infrastruktur, die sich an den Takt unserer Familien anpasst. Bevor ich zu den einzelnen Infrastrukturmaßnahmen komme, möchte ich eines voranstellen: Jeder Mensch ist etwas Besonderes. Unser Anspruch ist es, jeden Menschen zu nehmen, wie er ist, und seinen individuellen Beratungs- und Unterstützungsbedarf zu erkennen. Das heißt: Barrierefreiheit im umfänglichen Sinne nach allen Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention und umfassende Kenntnisse über verschiedene Kulturen. Hier sehe ich besonders unsere Verwaltung in der Pflicht; Bildungsangebote hierzu gibt es genug.

Womit wir schon beim ersten Punkt der Infrastrukturmaßnahmen sind: Bildung und Entwicklung. Noch einmal – hier wiederhole ich mich gern –: Die meisten Familien wissen, was für sie am besten ist. Die meisten Familien

kommen ihrer Sorgfaltspflicht und ihrem Sorgerecht sehr verantwortungsvoll nach. Gleichwohl – auch das gehört zur Wahrheit – gibt es Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen oder misshandeln. Hier bieten wir Hilfe im Sinne unserer Wächterfunktion; denn oberstes Gebot ist die gute Entwicklung unserer Kinder, für die eine sichere, gelingende Eltern-Kind-Beziehung und Eltern-Kind-Bindung elementar ist. Unser Leben besteht aus Beziehungen; wir Menschen brauchen einander. Unsere Frühen Hilfen sind auf die Bedürfnisse junger Eltern ausgerichtet, damit ihre Erziehungskompetenz gestärkt wird; denn viele junge Familien haben ihre eigene Familie nicht mehr in der Nähe. Auch das gehört zu unserer zunehmenden Mobilität.

Des Weiteren ist es wichtig, Ansprechpartner zu haben, wie unsere Familiengesundheitspaten beim Carus Consilium Sachsen, die Familien helfen, ihre Kinder in den ersten beiden Jahren bei ihrer gesundheitlich-sozialen Entwicklung zu fördern. Deshalb ist es mein Ziel, die Familiengesundheitspaten in weiteren Regionen in Sachsen zu etablieren oder unsere Ehrenamtler im Projekt „welcome“ den Eltern in den ersten Wochen zu helfen, in der Zeit, in der alles auf den Kopf gestellt wird. Sie sind für jede Familie da – ganz ohne Stigmatisierung.

Ein fester Bestandteil der Frühen Hilfen sind unsere Familienhebammen, die jetzt im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ zum Einsatz kommen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es so bleibt; denn unsere Netzwerke für Kinderschutz und Frühe Hilfen funktionieren sehr erfolgreich und greifen frühzeitig, und jeder weitere Knoten ist eine Hilfe dabei, jenen eine Stimme zu geben, die noch keine haben.

Wir müssen aufmerksam sein und eingreifen, wenn Eltern versagen. Unsere Netzwerke für Kinderschutz, die aufsuchende präventive Arbeit der Jugendämter und weiterer Akteure helfen mit, Familien zu stärken, um Eskalationen zu verhindern. Dass es Eskalationen gibt, wissen wir alle. Deshalb ist es wichtig, sie frühzeitig zu erkennen. Unser Einladungswesen zu den U-Untersuchungen ist dazu ein wichtiger Beitrag; denn unsere Kinderärzte können nicht nur Entwicklungsstörungen oder Vernachlässigungen erkennen, sie können auch sehr sensibel mit den Eltern darüber sprechen.

Unsere Projekte unterstützen Kinderärzte, wenn Eltern mit einem verletzten Kind in die Arztpraxis kommen und einen Unfall schildern, der nicht zu

den Symptomen passt. Bundesweit sind wir Schrittmacher mit unseren Kinderschutzgruppen an mittlerweile 14 Kliniken in zehn Gebietskörperschaften, die hinsehen, erkennen, handeln. Hinsehen heißt, seinen Vermutungen nachzugehen und die wahren Ursachen für die Verletzungen zu diagnostizieren. Erkennen heißt, Verdachtsmomente zu reflektieren, und zwar interdisziplinär mit Kinderarzt, Radiologen der Rechtsmedizin, viel Empathie, Sensibilität und Einfühlungsvermögen. Handeln heißt, das Gespräch mit den Eltern zu suchen, sie mit dem Verdacht zu konfrontieren, über Hilfsangebote aufzuklären und sie zu motivieren, die Hilfe auch anzunehmen.

Aber nicht nur unsere Kinderärzte haben hier eine große Verantwortung, sondern auch unsere Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten, denn sie sind eine lange Zeit des Tages mit ihren Schützlingen zusammen und können Auffälligkeiten beobachten. Mit der Richtlinie „Bildungschancen“ können wir Kindertageseinrichtungen mithilfe zusätzlichen Personals dabei stärken, Kinder mit Entwicklungsverzögerungen gezielt zu fördern. Dafür stellt der Freistaat 2013 und 2014 insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, bei der Beratung geht es oft auch um Bildung; beides fließt ineinander. Doch geht es nicht nur um Bildung unserer Kinder, sondern auch um Elternbildung; man könnte auch von Elternschule sprechen. Unter dem Stichwort „Familienbildung“ gibt es zum Beispiel in unseren Mehrgenerationenhäusern zielgerichtete Angebote für Jung und Alt, und das Schönste dabei ist: Es sind auch hier generationenübergreifend alle gemeinsam.

Um die Familienbildung weiterzuentwickeln, lässt mein Haus derzeit eine Studie zur Familienbildung erstellen. Ziel ist zum einen der Überblick über alle Familienbildungsangebote. Zum anderen soll die Frage beantwortet werden, ob diese Angebote ihre Zielgruppe auch erreichen. Das ist die Vorbereitung auf unseren nächsten Schritt: eine Datenbank mit allen Familienbildungsangeboten der Kommunen. So können wir vor allem im ländlichen Raum den Zugang zu diesen Angeboten erleichtern, so wie beim Pflgenetz.

Zur Betreuung und Bildung kommt noch ein dritter Aspekt hinzu: die Beratung. Wir haben in Sachsen ein breitgefächertes Netz an Beratungsstellen für alle Familiensituationen. Wir haben 76 Schwangerschaftskonfliktbera-

tungsstellen, die Schwangeren – zunehmend auch ihre Partner – bei sehr schwierigen Entscheidungen helfen. Niemand darf sich von der Gesellschaft alleingelassen fühlen. So kommen wir auch unserer Fürsorgepflicht für das ungeborene Leben nach.

Zugleich unterstützen wir Paare, deren Kinderwunsch unerfüllt blieb, und zahlen Zuschüsse zur künstlichen Befruchtung. Besonders hervorheben möchte ich unsere pränataldiagnostische Beratung. Die gibt es sonst nur noch in Baden-Württemberg. Außerdem haben wir 77 Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, die Ansprechpartner und Berater in jedem Alter und in jeder Lebenslage sind. Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern können sich mit ihren individuellen und familienbezogenen Problemen an die Beratungsstellen wenden. Klar ist: Familie ist eine ständige Herausforderung. Da genügt schon ein Blick in die Geschichte und in die Literatur. Ehen und Beziehungen können scheitern, wie es uns die Scheidungsrate auch vor Augen führt – mit mehr oder weniger Belastungen für die Kinder. Darunter leiden Kinder und Betroffene gleichermaßen, Wunden bleiben zurück. Das berichten nicht nur Ärzte, Anwälte und Sozialarbeiter, auch ich habe durch meinen Klinikalltag diesbezüglich noch viele Bilder im Kopf.

Eine weitere Belastungssituation, vor allem für junge Menschen, sind Suchtmittel aller Art. In der letzten Woche habe ich den Drogen- und Suchtbericht umfassend vorgestellt. Hier ein Gedanke dazu: Ein wichtiger Aspekt ist die Fürsorge für Kinder aus suchtblasteten Familien. Wir fördern Projekte in Chemnitz, Plauen, Bautzen und Leipzig, die eine enge Kooperation zwischen Sucht-, Kinder- und Jugendhilfe zur Voraussetzung haben. Diesen multiprofessionellen Ansatz werden wir intensiv verfolgen, um vor allem auch den präventiven Ansatz zu stärken. Denn egal, ob Crystal oder die alldominierende Droge Alkohol – Ziel ist, Drogenkonsum zu verhindern, in jedem Alter.

Sächsische Beratungsstellen helfen bei Gewalt gegen Frauen, bei der Schuldenberatung. Sorgentelefone kennen keine Sonn- und Feiertage, genauso wie unsere Frauenhäuser. Wir haben so viele Hauptamtliche und Ehrenamtliche, die anderen in Notlagen zur Seite stehen. Dafür allen meinen Respekt, meine Anerkennung und mein Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie der Abg. Martin Dulig, SPD, und Elke Herrmann, GRÜNE)

In Zukunft muss es darum gehen, diese Beratungsangebote noch stärker, gezielter miteinander zu vernetzen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, zu einer guten Familienpolitik gehört auch die medizinische Versorgung, ganz gleich, ob im städtischen oder ländlichen Raum. Die Gesundheit unserer Kinder, unserer Eltern und Großeltern, die besondere Verantwortung der Behörden und Verwaltungen als Dienstleister für Familien, aber auch Öffnungszeiten, Wartezeiten, Wegezeiten, das alles ist Familienlebenszeit.

Deshalb zwei wichtige Gedanken zum Schluss: Denken wir immer an die Demografie. Wir haben jede und jeden nur einmal, als Vater und Mutter, als Tochter und Sohn und als Fachkraft. Um alle Leistungen, die Familien benötigen, auch bis in den letzten Zipfel des Freistaates zu gewährleisten, braucht man zunehmend bürgerschaftliches Engagement und funktionierende soziale Netzwerke, regionale Netzwerke, die die unterschiedlichen Situationen in den Sozialräumen unserer Kommunen, Gemeinden und Großstädte erkennen, mit den aktuellen Entwicklungen verknüpfen, sie erweitern und mit Lebendigkeit und Qualität füllen, auf einen Nenner gebracht: ein Ort, an dem man lebt und liebt, ein Ort in „LLX“, „L“ wie Leben in all seinen Höhen und Tiefen, „L“ wie Loslassen – wer geboren wird, wird auch wieder gehen –, „X“ für die handelnden Personen vor Ort, und dies alles im Kreislauf unseres Lebens.

Familie findet zu Hause statt, vor Ort in den Kommunen. Es gibt keine standardisierte familienpolitische Leistung, die in Leipzig genauso wirkt wie zum Beispiel in Hohenstein-Ernstthal. Was Familien brauchen, ist sehr vom Umfeld abhängig. Deshalb brauchen wir regionalisierte und passgenaue Lösungen.

Ein gutes Angebot können dabei die Mehrgenerationenhäuser sein. Sie bieten schon heute alles, was wir brauchen, unter einem Dach: Betreuung, Bildung und Beratung. Sie sind Kristallisationspunkte für Sozialräume, in denen Kindern durch den Umgang mit Generationen Respekt, Rücksicht und Verantwortung gelehrt wird. Sie können Dorfbrunnen der Moderne sein, und ich setze mich beim Bund dafür ein, dass es eine weitere Finanzierung gibt.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, es darf auch in Zukunft bei Familie keine Denkverbote geben. Viel Zeit zum Denken, Austauschen und Planen

geben wir auch in diesem Jahr wieder auf unserem Familientag. Sie sind alle herzlich für den 21. Juni dieses Jahres nach Zittau eingeladen.

Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Familien. Familie ist Zentrum und Rahmen unseres Lebens. Familien machen uns stark; stärken wir Familienstärken!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Ich danke der Frau Staatsministerin für ihre Ausführungen. – Wir kommen nun zur Aussprache zur Fachregierungserklärung. Folgende Redezeiten für die Fraktionen wurden festgelegt: CDU 33 Minuten, DIE LINKE 24 Minuten, SPD 14 Minuten, FDP 14 Minuten, GRÜNE 12 Minuten, NPD 12 Minuten. Die Reihenfolge in der ersten Runde ist DIE LINKE, CDU, SPD, FDP, GRÜNE, NPD; Staatsregierung, wenn gewünscht.

Es eröffnet für die Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Werner.

Heike Werner, DIE LINKE: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Staatsministerin Clauß, Anerkennung, Wertschätzung, Verlässlichkeit für starke Familien in Sachsen – das sind große Worte. Ich glaube Ihnen, Frau Staatsministerin, dass Sie diese in Ihrer Zeit als Sozialministerin gern gefüllt hätten. Das ist Ihnen nicht gelungen, und das ist nicht allein Ihre Schuld; denn Familienpolitik ist ein Querschnittsthema. Sie brauchen Ihre Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, sie brauchen alle Abgeordneten Ihrer Fraktion und natürlich einen Ministerpräsidenten, der dieses Thema zur Chefsache macht. All dies war nicht der Fall.

Schauen wir auf die letzten vier Jahre und betrachten wir, wie sich Familien entwickelt haben. Beziehungen sind vielfältiger als für einige hier vielleicht vorstellbar, die Beschreibungen erst recht. Wir haben Alleinerziehende, Geschiedene mit neuem Partner, Patchworkfamilien, Regenbogen- und quere Familien, Ehepaare, Lebensgemeinschaften, Polyamore, Nichtverheiratete, alles in homo-, bi- und heterosexuellen Konstellationen, mit Haus und getrennten Wohnungen, mit Alters-WGs usw.

Die Privilegierung einer dieser Lebensformen ist darum schon lange nicht mehr zeitgemäß. Der Staat hat sich gegenüber der Entscheidung der Einzelnen, wie sie leben und lieben möchten, neutral zu verhalten. Deshalb sagt DIE LINKE, für sie ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung oder der Form, in der sie zusammenleben. Förderung gehört für uns dahin, wo Kinder und Pflegebedürftige sind, und nicht dahin, wo ein Trauschein vorliegt.

Deshalb fordern wir auch konsequent die Abschaffung des Ehegattensplittings; denn nicht der Gang zum Standesamt soll belohnt werden, sondern gedeihliches Aufwachsen von Kindern und die Betreuung von Angehörigen müssen gefördert werden.

(Beifall bei den LINKEN)

Wir glauben, hier hat der Staat einzuspringen, zu unterstützen, aber doch nicht bei gut gehenden kinderlosen Haushalten. Mit den gesparten 20 Milliarden Euro – das ist die derzeitige Ehesubvention – könnte viel erreicht werden.

Um Ihnen noch einmal die Ungerechtigkeiten aufzuzeigen: Ehepartner ohne Kinder haben ein Pro-Kopf- Einkommen von 1.640 Euro. Dagegen haben gleichaltrige verheiratete Paare mit Kindern 600 Euro weniger Pro- Kopf-Einkommen. Der Wohlstand liegt bei Ehepaaren mit Kindern, bei denen die Frau unter 35 Jahren ist, 13 % unter dem eines kinderlosen Ehepaares, und der Wohlstand kinderloser Ehepaare mittleren Alters, also 35 bis 45 Jahre, übersteigt den Wohlstand eines durchschnittlichen Ehepaares mit Kindern um 50 %. Sie sehen, das ist eine absolut unsinnige Transferleistung.

Trotzdem wollen Sie, Frau Staatsministerin Clauß, daran festhalten bzw. ein Familiensplitting einführen, das aber vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ebenso schlechte Noten bekommen hat, besonders eben wegen der Gerechtigkeitslücke, da Geringverdiener zwar 300 Euro mehr im Jahr hätten, Bezieher hoher Gehälter bekämen aber bis zu 866 Euro mehr. Familien, die Hartz IV beziehen, hätten gar nichts von diesem Modell, sie würden gar kein zusätzliches Einkommen bekommen. Wiederum ist es ein Modell nur für Ehepaare.

Warum eigentlich? Da hilft uns ein Blick auf das Familienbild der CDU. Da kann man Herrn Flath sehr dankbar sein. Er hat ganze Aufklärungsarbeit geleistet und uns erläutert, wo er die besondere Bedeutung der Ehe sieht. Ich zitiere ihn: „Die Ehe ist nicht nur hergeleitet aus den christlichen Traditionen und der christlichen Kultur, sondern es geht eben auch darum, nicht nur für das Leben Verantwortung füreinander zu übernehmen, sondern die Ehe ist schon rein biologisch auch angelegt durch Frau und Mann. Sie ist auch auf Nachwuchs und Kinder angelegt. Deshalb findet sie Erwähnung in der Verfassung, und zwar an ziemlich zentraler Stelle.“

Herr Flath stellt nicht in Abrede, dass auch in gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften vieles gut und richtig gemacht wird. Man solle sich aber einmal vorstellen, es würden alle in unserer Gesellschaft in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben. Dann wäre es um die Zukunft wahrscheinlich schlecht bestellt. Deshalb hält es Herr Flath für gerechtfertigt, die Ehe zu privilegieren.

Wie aber ist das wirkliche Leben, Herr Flath? 34 % aller Lebendgeburten erfolgen von nichtverheirateten Müttern. In den neuen Bundesländern liegt diese Zahl sogar bei 62 %. Schauen wir auf die Familienformen mit minderjährigen Kindern in Sachsen: 53 % leben bei Ehepaaren; 2011 lag die Zahl noch bei 66 %. 22 % leben bei Eltern ohne Trauschein. Die Zahl lag 2011 noch bei 14 %. 25 % sind bei alleinerziehenden Familien. Das waren 2011 noch 20 %. Das heißt, fast jedes vierte Kind lebt in einer alleinerziehenden Familie, etwa 15 % in Stief- und Patchworkfamilien, und diese drei Familienformen nehmen tatsächlich zu.

Na ja, egal, sagt die CDU, Garant für gutes Aufwachsen sei, wenn es eine Mutter und einen Vater als Ehepaar gibt. Finden wir hier nicht ein etwas verklärtes Bild der Kleinfamilie? Wo finden denn unter anderem Missbrauch und Gewalttaten statt? Was sind denn Kriterien für gelingende Beziehungen? Für mich sind das unter anderem Zuverlässigkeit und liebevolle Zuwendung. Da muss ich fragen: Ist denn der misshandelnde biologische Vater besser als die zweite soziale Mutter?

74 % der Bundesbürger waren übrigens für die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. Auch da musste die CDU wieder zum Jagen getragen werden. Leider ist es so, dass man bei der CDU Alleinerziehende auch

gern einmal als unvollständige Familien bezeichnet. Nicht nur, dass dadurch die Lebensleistung abgewertet wird, es ist einfach auch falsch. In der Lebenswirklichkeit bilden sich andere stabile Netzwerke, und Freunde und Nachbarn werden zur Familie. Ich erwarte von Ihnen Wertschätzung für alle Lebensformen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Kommen wir zur finanziellen Seite: Schauen wir uns das einmal an und stellen gleich die Frage nach der Verlässlichkeit der Staatsregierung in dieser Legislaturperiode. Nehmen wir einmal die Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen einschließlich Familienerholung. Hier gibt es leider keine allzu große Lobby. Beispielsweise wurden die wenigen aktiven Familienverbände durch die restriktive Finanzierung nach und nach ins Abseits gedrängt. Ich denke dabei an den VAM oder den Katholischen Familienverband. Oder diese arbeiten rein ehrenamtlich, wie SHIA oder der Deutsche Familienverband, was natürlich die Einflussnahme deutlich erschwert.

Am Anfang der Legislaturperiode standen also im oben genannten Titel noch 1,85 Millionen Euro im Haushalt. Dann hatten wir den Absturz auf 423.000 Euro. Hier hat sich der Titel gerade einmal auf 1 Million Euro erholt. Wir wissen alle, dass das ein Tropfen auf den heißen Stein ist, wenn man weiß, wie gerade diese Maßnahmen für Familien in Not von enormer Bedeutung sind. Hier werden kinderreiche Familien oder Familien mit niedrigem Einkommen, alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit behinderten Familienangehörigen bei der Finanzierung des Urlaubs unterstützt.

Das gepriesene Landeserziehungsgeld nahm einen ähnlichen Verlauf. Durch die Absenkung der Beträge und die Veränderung der Förderbedingungen seit 2011 wurden vor allem Familien mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern betroffen, wobei ich betonen möchte, dass wir das Landeserziehungsgeld ähnlich dem von Ihnen beschworenen Betreuungsgeld für ein völlig falsches Mittel halten; denn manche Eltern haben keine Wahl oder eben nur die eine für das Betreuungs- oder Landeserziehungsgeld. Diese sind so arm, dass sie jeden Zipfel greifen, der etwas mehr Haushaltsbudget ermöglicht. Sie melden deshalb ihre Kinder aus den Kitas ab – verheerend, wenn man doch weiß, wie wichtig diese erste Bildungseinrichtung gerade auch für Kinder aus schwierigen familiären Zusammenhängen ist.

Das Bonner Institut „Zukunft Arbeit“ hat das Thüringer Erziehungsgeld evaluiert, das dem unseren sehr ähnlich ist. Sie sagen auch: Vor allem geringverdienende und alleinerziehende Mütter pausieren damit länger. Gerade bei Alleinerziehenden ist das Problem, dass für sie oft nur eine Teilzeitbeschäftigung oder ein 400-Euro-Job infrage kommt. Sie bleiben dann wegen des Geldes zu Hause, nicht weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil die Rahmenbedingungen eben etwas anderes nicht ermöglichen. Langfristig werden aber so die Chancen auf dem Arbeitsmarkt immer schlechter; eine schlimme Spirale, die weder den Eltern noch den Kindern hilft. Der Effekt dabei ist immer der Ausschluss von Bildung und Netzwerken, die familienstützend und kinderfördernd sind. Mit solch einer Politik wird die soziale Spaltung zwischen Familien vorangetrieben.

Was ich noch nicht benannt habe, sind Faktoren, die außerdem für Familien existenznotwendig sind und wo die Verlässlichkeit der Staatsregierung sehr zu wünschen übrig ließ. Eine lose und natürlich unvollständige Aufzählung: ein viel zu geringer Betreuungsschlüssel in den Kitas, Zugangskriterien für Kinder arbeitsloser Eltern, sodass diese keinen Anspruch auf einen finanzierten Ganztagsplatz in der Bildungseinrichtung Kita haben – zehn von dreizehn Kreisen haben welche, da dies nach dem Sächsischen Kita-Gesetz nicht verboten ist – die Abschaffung des kostenlosen Vorschuljahres, die Schließung von Schulen, ein untragbarer Unterrichtsausfall, Kürzungen bei der Jugendpauschale mit direkten Auswirkungen auf das Kultur- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche vor Ort.

Der Wirtschaftsminister kappt mal schnell die Landesgelder für den Kommunal-Kombi. Der Kampf gegen Mindestlohn. Das Geld für öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum wird lieber in Großprojekte und Straßen gesteckt. Dann nützen die gepriesenen Ganztagsangebote in den Schulen gar nichts. In der letzten Anhörung im Schulausschuss hat ein Elternvertreter sehr deutlich beschrieben, wie sich Eltern heute nachmittags um ihre Kinder sorgen, da die Wahrnehmung von Ganztagsangeboten oder anderen Freizeitangeboten gerade im ländlichen Raum durch den fehlenden ÖPNV gar nicht mehr möglich ist.

Zurück zur Verlässlichkeit: Verlässlich werden Sie immer, wenn sich Landtagswahlen nähern. Dann gibt es plötzlich die Geschenke aus heiterem Himmel, werden bunte Bänder durchgeschnitten oder es erfolgen Verkündigungen,

wie heute von Frau Staatsministerin Clauß, und Sie preisen die tollen Familien. Viele sind es auch, aber das trotz Ihrer Politik. Familien, die heute stark sind, sind es besonders, wenn sie auf die eigene Kraft, das eigene Netzwerk vertrauen können.

Jürgen Liminski beschrieb es in seinem Buch „Familienpolitik in Deutschland: Trotz hoher Ausgaben nur wenig erfolgreich?“ so: Familien überleben, weil sie Synergieeffekte nutzen, weil sie sparsamer einkaufen, weil sie vielfach nicht in den Urlaub fahren, während die kinderlosen Doppelverdiener drei- und viermal fahren, weil die Großeltern helfen – der private Transfer der Älteren auf die jüngere Generation beläuft sich mittlerweile auf 30 Milliarden Euro pro Jahr –, weil sie billigeren Wohnraum suchen, weil sie das Kindergartengeld sparen, weil sie mit zusätzlichen Jobs ein Zubrot verdienen, weil sie keine zweite Lebensversicherung für die Altersvorsorge abschließen, weil sie nicht ins Theater oder Kino gehen, weil sie kein Handy haben oder nur eines mit begrenzten Sprechzeiten, weil sie Restaurants nur von außen kennen, weil, weil, weil.

Damit nähern wir uns dem nächsten Thema: sozial benachteiligte Eltern und Kinder bzw. Kinderarmut. Hier erinnere ich mich sehr leidvoll an die Diskussion zu unserem Antrag zur Bekämpfung von Kinderarmut. In der Debatte gelang es leider nicht, mit Ihnen dazu eine sachliche Debatte zu führen. Stattdessen hat Herr Krauß lauter Pappkameraden aufgestellt bzw. sich die Welt zurechtgebogen, nur um sich nicht ernsthaft mit dem Anliegen beschäftigen zu müssen.

Es ist ja auch schwierig, Herr Krauß, sich einzugestehen, nach 20 Jahren CDU-Regierung 26 % Kinderarmut in Sachsen aufzuweisen und damit in Deutschland Rang 5 der Negativliste einzunehmen. Der Höhepunkt war Ihr Satz beim Thema Kinderarmut „Jeder kümmert sich zuerst um sich.“ Das ist eine Frechheit angesichts der Kinder, eine Frechheit angesichts der Eltern, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen immer wieder versuchen, ihren Kindern einen guten Einstieg ins Leben zu geben.

Nur bei Armut sind die Ressourcen eben begrenzt. Außerdem bezeichneten Sie es als ungerecht, wenn mit unserer Forderung nach der Einführung einer Kindergrundsicherung Eltern, die als Krankenschwester oder Fabrikarbeiter arbeiten und nur sehr geringe Löhne erhielten – hier zumindest ein Erkennt-

nisgewinn –, nun genauso viel Geld erhielten wie arbeitslose Eltern. Da kann man nur sagen: Nichts verstanden! Denn wir sprechen hier von einer sozialen Kindergrundsicherung, die – wie der Name es schon sagt – eine ökonomische Grundsicherung für Kinder darstellt.

Im Übrigen verschweigt die CDU dann gern, dass heute bei hohen Einkommen die maximale Entlastung aufgrund von Kinderfreibeträgen – das trifft, denke ich, auch auf viele hier zu – bei 280 Euro liegt, während das Kindergeld beim Fabrikarbeiter- und Krankenschwestern-Kind nur bei 184 Euro liegt. Da frage ich mich: Wie sieht es dann mit der Anerkennung und Wertschätzung aus?

Kommen wir zu Familien in anderen schwierigen Situationen: Lassen Sie mich die Gruppe der Alleinerziehenden herausgreifen und hier meinen Kollegen Herrn Dr. Pellmann zitieren: „Alleinerziehende gehören auch in Sachsen weiterhin zu den Verlierern von Hartz IV. Während es bei den Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften seit einigen Jahren zu einem zumindest statistisch ausgewiesenen Rückgang kam, trifft das auf Alleinerziehende nicht zu. Ende 2012 waren in Sachsen 39.000 Alleinerziehende auf Arbeitslosengeld II angewiesen, nur geringfügig weniger als Ende 2009. Ende Mai waren die Zahlen sogar um fast 1.000 auf 40.000 gestiegen. Das waren fast 60 % aller Alleinerziehenden hier in Sachsen.“

36 % der Alleinerziehenden mit Arbeitslosengeld waren erwerbstätig und mussten wegen zu niedriger Einkünfte beim Jobcenter ergänzende Leistungen beantragen.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir von Ihnen endlich ein spezielles arbeitsmarktpolitisches Förderprogramm für Alleinerziehende, an dem sich der Freistaat aktiv beteiligen muss, anstatt das Schicksal dieser Familien weiterhin dem Selbstlauf zu überlassen.

(Beifall bei den LINKEN)

Man muss sagen: Inzwischen hat auch die Staatsregierung das Problem erkannt, aber aus einem ganz anderen Grund. Die Staatsregierung hat eine Studie von Prognos anfertigen lassen, wie Alleinerziehende Zugang zur Arbeitswelt finden. An einem guten Tag würde ich sagen: Gut, dem geschenk-

ten Gaul schaut man nicht ins Maul. Aber aus meiner Sicht ist heute kein guter Tag. Ich muss sagen, ich finde es einfach nur zynisch.

Seit Jahren beten wir und beten Ihnen die Verbände, insbesondere die Alleinerziehenden-Verbände, dieses Thema immer wieder vor. Bisher war das ein einsames Rufen. Nun plötzlich, weil Ihnen die Arbeitskräfte ausgehen, beginnen Sie zu handeln. Erst haben Sie das Potenzial der Frauen gesehen und nun plötzlich das Potenzial der alleinerziehenden Frauen. Ich sehe hier weder Wertschätzung noch Anerkennung der individuellen Ansprüche jedes einzelnen Menschen auf Entwicklung und Entfaltung.

Zu den Ergebnissen der Studie – Zitat –: „Allerdings sind alleinerziehende Mütter in Sachsen unabhängig vom Alter ihres jüngsten Kindes deutlich seltener erwerbstätig als in Partnerschaft lebende Mütter, was auf spezifische Erwerbsbarrieren trotz des breiten Betreuungsangebotes hindeutet.“ Festgestellt wird, dass in Sachsen der Wunsch nach Vollzeitarbeitsplätzen besonders hoch ist. Angesichts eines geringen Lohnniveaus sind diese Alleinerziehenden für eine spürbare Verbesserung ihrer finanziellen Situation auf eine umfassende Erwerbstätigkeit angewiesen. Es gibt auch Lösungsvorschläge in Richtung Kinderbetreuung, Qualifizierung, Beratung usw., und die Staatsregierung wird aufgefordert, Geld dafür in die Hand zu nehmen. Zitat: „Wenn nur ein Drittel des zusätzlichen Arbeitskraftpotenzials durch geeignete Maßnahmen erschlossen werden kann, würden sich die zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und durch die Einsparung von SGB-II- Leistungen in Sachsen auf jährlich rund 170 Millionen Euro belaufen.“

Ich kann nur sagen: Das sollten wir uns merken. Das ist doch eine schöne Aufgabe für eine rot-rot-grüne Regierung dann ab Sommer hier in Sachsen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist natürlich die Bildungspolitik. Soziale Herkunft als Entscheidung über Bildungswege – lange wurde das geleugnet. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde zwar endlich dieser Zusammenhang erkannt, aber das entsprechende Gesetz war ein Gräuel. Eltern wurden als nicht verantwortlich abgestempelt, stattdessen ein Gutscheinsystem installiert und dadurch ein riesiger Bürokratieapparat aufgebaut. Kinder und Jugendliche bleiben weiterhin in ihren Bildungswegen eingeschränkt, da Lernhilfe nur gewährt wird, wenn ein Kind versetzungsgefährdet ist, aber

nicht, um in eine höhere Schulform oder zu einem besseren Abschluss zu gelangen. Das haben wir immer abgelehnt und forderten stattdessen eine bessere Ausstattung der Bildungs- sowie Kinder-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen insgesamt.

Nun haben wir das Bildungs- und Teilhabepaket, aber leider hat auch hier das SMS aus unserer Sicht versagt – und das unter den lachenden Augen des Finanzministers. Die Fach- und Weisungsaufsicht lag bei den Ländern. Durch Nichtstun sind im hohen zweistelligen Millionenbereich Bundesgelder in die allgemeinen Haushalte der sächsischen Kommunen geflossen, die eigentlich für den Bereich Prävention benachteiligter Kinder und Jugendlicher notwendig gewesen wären. Da hat sich der Finanzminister weiter gesundgespart. Nur auf wessen Kosten?

Der Bericht des SMS über die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung in Sachsen vom Dezember 2012 kommt nämlich für Sachsen zu folgendem Ergebnis: Eine überdurchschnittliche Fallzahlsteigerung fand seit 2006 in der Erziehungsberatung und in der Sozialpädagogischen Familienhilfe statt. In der stationären Erziehungshilfe hingegen sind zwar die Fallzahlen aufgrund des Geburtenrückganges insgesamt gesunken, jedoch steigen sie bei den Null- bis Zwölfjährigen kontinuierlich an. Im Jahr 2010 mussten die sächsischen Kommunen mehr als 182 Millionen Euro für Hilfen zur Erziehung aufwenden. Das heißt übersetzt: Es gibt mehrere tausend Familien in Sachsen, die eine bessere Familienpolitik benötigen, damit ein Heimaufenthalt für die Kinder gar nicht erst nötig wird. Mit frühen Hilfen, Kindeswohlnetzwerken und Familienhebammen allein ist es nicht getan. Wir brauchen Vorsorge statt Nachsorge. Wir als LINKE wollen deshalb mehr Angebote der Familienbildung und Prävention in der Kindertagesbetreuung und den konsequenten Ausbau der Schulsozialarbeit.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Clauß, in Ihrer Rede ist viel von Kindern und Eltern zu hören gewesen, kaum bis gar nichts von Frauen und Männern. Deshalb lassen Sie uns noch einmal über das Leitbild moderner Familienpolitik reden. Ja, es braucht Zeit, Geld und Infrastruktur. Aber bei Ihnen fehlte der gleichstellungspolitische Ansatz ganz. Die CDU setzt eben vor allem auf die Ehe als Leitbild für eine stabile Lebensgemeinschaft.

(Sebastian Fischer, CDU: Das ist gut so!)

Dem ordnen sich Ihre familienpolitischen Maßnahmen unter.

DIE LINKE steht für eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik, das heißt, gleichwertige Entwicklungsbedingungen für jeden Einzelnen unter Berücksichtigung der verschiedenen Voraussetzungen zu sichern, und dies unabhängig von der Lebensform, in der der Mensch lebt. Das bedeutet zum Beispiel, Menschen eine vom Partner unabhängige Existenzsicherung zu gewährleisten. Das bedeutet die Möglichkeit für Väter, einen höheren Anteil an der Betreuungsarbeit zu leisten. Das schließt die Bekämpfung sozialer Ungleichheit ein, aber auch die Möglichkeit für Menschen mit Behinderung, ihren Kinderwunsch umzusetzen. Das können Sie mit Ihrem veralteten und starren Familienbild einfach nicht leisten.

Deshalb, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin Clauß, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, konnte Ihnen in der sächsischen Familienpolitik der große Wurf in dieser Legislatur nicht gelingen. Ich denke, da sollten jetzt andere ran.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Aussprache zur Fachregierungserklärung eröffnete für die Fraktion DIE LINKE Frau Werner. Es folgt jetzt für die CDU-Fraktion Herr Kollege Krauß.

Alexander Krauß, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Erstes geht ein herzliches Dankeschön an Christine Clauß. Sie hat deutlich gemacht, wie breit Familienpolitik in Sachsen aufgestellt ist, dass es nicht nur um den Sozialbereich geht, sondern auch um andere Bereiche. Es ist nicht nur Frau Kurth betroffen, sondern wir sprechen auch über Wirtschaft und alle anderen Bereiche der Gesellschaft. Ich glaube, das ist hervorragend dargestellt worden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz noch einmal zum Familienbild kommen, weil das eine wichtige Rolle spielt. Ich habe mich übrigens gefreut, auch bei den LINKEN zu hören, dass sie das Wort Verantwortung in den Mund genommen haben. Das ist auch unser Ansatz.

Wir sagen: Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

80 % der Deutschen – ein Wert, der angestiegen ist –, also vier von fünf Menschen in diesem Land, sagen: In Notfällen kann ich mich auf meine Familie verlassen. Das ist ein toller Wert und zeigt, dass diese Verantwortungsgemeinschaft wirklich gelebt wird, dass wir funktionierende Familien haben.

Das Beste für ein Kind ist es – es ist gerade bemängelt worden, dass die Ministerin zu wenig von Frauen und Männern gesprochen habe, deswegen will ich das an dieser Stelle nachholen –, wenn es mit Vater und Mutter aufwächst, wenn es beide hat.

(Beifall bei der CDU und der NPD)

Natürlich gibt es auch andere Familienformen, vor denen wir hohen Respekt haben. Gerade Alleinerziehende haben besonderen Respekt verdient, weil sie es besonders schwer haben.

(Beifall bei der CDU)

Jeder von uns weiß, auch weil wir einen stressigen Job haben, dass eine Ehe auch scheitern kann. Ich habe aber noch keinen Alleinerziehenden getroffen, der bewusst alleinerziehend ist. Aber ich habe viele Alleinerziehende getroffen, bei denen es das Schicksal so gewollt hat, dass sie alleinerziehend sind. Aber auch die Alleinerziehenden würden den Satz unterstreichen: Es ist das Beste, wenn ein Kind mit Vater und Mutter aufwächst.

Ich habe einmal ein wenig in die Geschichte geschaut und ein Zitat gefunden, das ich Ihnen vortragen will: „Der eheliche Stand hat einen jämmerlichen Ruf bei jedermann.“ Das ist nicht aus dem Parteiprogramm der LINKEN abgeschrieben.

ben, sondern das hat vor 500 Jahren Martin Luther gesagt. Aber wenn ich mir die Entwicklung von heute ansehe, dann finde ich, dass die Ehe gar nicht so einen schlechten Stand hat, noch nicht einmal bei den LINKEN. Ich habe durchgezählt, wie viele bei Ihnen verheiratet sind. Das ist eine große Anzahl.

(Heike Werner, DIE LINKE: Das ist ja auch nicht verboten!)

– Ja, es ist nicht verboten. Wir sind froh, dass DIE LINKE nicht regiert, sonst wäre es vielleicht so.

Die große Mehrheit auch bei Ihnen entscheidet sich für die Ehe, weil sie feststellt, dass das etwas Gutes ist.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns einmal die Lebenswirklichkeit bei den Menschen im Lande an. 1,8 Millionen Menschen leben in einer Ehe, 400.000, was auch vollkommen in Ordnung ist, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Dazu kommen noch Alleinerziehende usw.

Wenn DIE LINKEN von polyamorphen Beziehungen sprechen, dann würde mich einmal interessieren, wie viele es davon gibt. Sie können die wahrscheinlich an einer Hand abzählen. Sie sollten einmal erläutern, was das ist. Ich glaube aber nicht, dass das irgendetwas mit der Lebenswirklichkeit der Menschen in diesem Land zu tun hat.

*(Beifall bei der CDU –
Sebastian Fischer, CDU: Richtig!)*

Frau Ministerin hat es angesprochen: Wenn man die Jugendstudien, ob in Sachsen oder anderswo, anschaut, dann stellt man fest: Die jungen Leute wollen Ehe und Familie. Das ist ihr Ideal. Ich finde, es ist gut so, dass sie dieses Ideal haben. Wir sollten sie darin bestärken, sich dafür zu entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist es so – das ist richtig zitiert –, dass viele Paare zu dem Zeitpunkt nicht verheiratet sind, wenn das erste Kind zur Welt kommt. Aber wir sehen

dann eben auch, dass, wenn das Kind ein oder zwei Jahre alt ist, die Eltern dann doch sagen: Wir heiraten, weil wir wissen, das ist der beste Schutzraum für das Kind und unsere Beziehung, wenn wir diesen Rechtsrahmen für uns wählen. Deswegen zeigt die Statistik, dass zwei von drei Kindern – also die große Mehrheit – bei ihren verheirateten Eltern aufwächst.

Ich war im Dezember bei meinen Großeltern gewesen. Sie haben ein Jubiläum gefeiert: 70 Jahre Ehejubiläum, die Gnadenhochzeit. Sie haben sehr viel durchlebt und sind jetzt ein Herz und eine Seele. Ich denke, es gibt viele Menschen im Land, die ihre goldene Hochzeit oder ihre silberne Hochzeit feiern und wissen, welchen großen Wert es ausmacht, dass man so lange zusammengehalten und so viel gemeinsam durchgestanden hat.

(Beifall bei der CDU)

Mich hat es dann ein wenig beruhigt, als mir meine Mutter sagte, dass es in früheren Jahren nicht immer so gewesen sei, dass sie nur ein Herz und eine Seele waren. Sie haben auch mal gestritten, und das kräftig. Es zeigt sich also, dass es sich lohnt, zusammenzubleiben, und dass es schön ist, wenn man solch ein Ehejubiläum feiern kann.

Zum Thema Kindererziehung, Kinderbetreuung. Ich möchte auf die Grundzüge eingehen: Was ist unser Grundkonzept? Wir möchten, dass Eltern Wahlfreiheit haben. Wir möchten, dass die Eltern entscheiden können, was das Beste für das Kind ist; denn wir wissen auch, dass alle Kinder unterschiedlich sind. Die Ministerin hat es ja in ihren Beispielen aufgezeigt, dass die Lebensentwürfe unterschiedlich sind, dass die Arbeit unterschiedlich ist und dass die Kinder unterschiedlich sind.

Es gibt Kinder, die vielleicht krank sind. Es gibt Kinder, die in der Entwicklung schneller vorankommen, und manche Kinder kommen etwas langsamer voran. Der Staat sollte nicht vorschreiben, wie die Kinder zu erziehen sind. Er sollte nicht vorschreiben, ob das Kind zu Hause erzogen wird, ob das Kind in einer Tagespflege oder in einer Kinderkrippe aufgenommen wird. Lasst das, bitte schön, die Eltern entscheiden! Es ist auch kein Gegeneinander bei diesen Modellen. Jeder soll das wählen, wovon er sagt: Das ist für mein Kind das Beste, das ist die richtige Entscheidung.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde mir wünschen, dass es bei Ihnen auch so ist. Bei Ihnen ist es ein Vorschreiben. Sie wollen einen Lebensentwurf vorschreiben, und das ist falsch. Wir sollten die Eltern entscheiden lassen.

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Nehmen Sie den Pappkameraden wieder rein! – Jürgen Gansel, NPD: Den Pappgenossen!)

– Danke, ich nehme ihn rein, Herr Kollege Pellmann. Entschuldigung, Herr Kollege Pellmann, Sie wettern. Das haben Sie auch bei dieser Debatte gegen das Betreuungsgeld gemacht. Das ist doch ein solcher Punkt, zu dem Sie sagen: Es ist ganz schlimm, wenn man den Eltern Geld in die Hand gibt und diese ihre Kinder dann allein zu Hause erziehen. Das ist hier vorgestellt worden. Ich finde schon, dass man das hinterfragen sollte. Die Eltern können jetzt 100 Euro pro Monat Betreuungsgeld bekommen.

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Na und?)

– Entschuldigung, Sie sind dagegen. Sie wollen das wegstreichen.

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Na klar!)

Auf der anderen Seite geben wir jemandem 1.500 Euro als staatlichen Zuschuss, der nirgendwo auftaucht – das ist das Geld, das wir für den Krippenplatz bezahlen –, einfach so.

(Zuruf der Abg. Heike Werner, DIE LINKE)

Das müsste einfach mal hinterfragt und nicht kritisiert werden, wenn sie 100 Euro bekommen. Wenn man eigentlich richtige Wahlfreiheit hat, müssten wir beiden 1.500 Euro in die Hand geben. – Das einmal zum Vergleich.

(Beifall bei der CDU –

Dr. Johannes Müller, NPD: Genau das ist es, Herr Krauß!)

Wie ist es denn jetzt wirklich? Sie können das ja mal vergleichen. Sie geben jemandem einen Gutschein für eine Gaststätte in Höhe von 15 Euro und

sagen: Den kannst du in der Gaststätte XY einlösen. Auf der anderen Seite geben sie ihm 1,50 Euro in die Hand und sagen: Du kannst dir eine Bockwurst kaufen. Das ist noch keine Wahlfreiheit. Wenn Sie jetzt sagen, die 1,50 Euro seien zu hoch, dann finde ich, dass Sie vollkommen im falschen Film leben.

(Beifall bei der CDU -

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Das ist wirklich Kino, was Sie hier abziehen!)

Lassen Sie mich noch einmal zum Menschenbild kommen. Das ist auch wichtig, denn wir müssen über das Thema Arbeit sprechen. Das werden wir morgen noch etwas ausführlicher tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE)

- Es freut mich, Herr Kollege Pellmann, dass Sie meine Gedanken lesen können.

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Ich kenne Sie auch schon lange!)

Für mich ist wichtig, dass Arbeit kein Selbstzweck ist. Kindergärten sind nicht dazu da, damit Betriebe funktionieren, sondern damit Kinder gut erzogen werden.

(Kristin Schütz, FDP: Damit die Eltern arbeiten gehen können!)

Arbeit hat etwas mit Selbstverwirklichung zu tun, keine Frage, aber an erster Stelle steht das Kind. Das sollte im Blickfeld sein. Ich fand es gut, dass der Ministerpräsident gesagt hat: Daran muss sich Arbeit auch mal ausrichten, und nicht andersherum: dass wir das Kind nur passfähig machen für die Arbeit. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir die Arbeitswelt passfähig machen können.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen wir auch zu den richtigen Entscheidungen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema Ehegattensplitting sagen, weil das auch etwas mit Wahlfreiheit zu tun hat. Sie wollen, dass jeder - Mann und Frau - in einer Partnerschaft gleich viel arbeitet. Ich habe kein Problem

damit, wenn ein Mann sagt, er arbeitet 30 Stunden, und die Frau sagt, sie arbeitet 30 Stunden.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Das ist vollkommen legitim. Aber ich finde, wir dürfen es ihnen nicht vorschreiben.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Wir schreiben das nicht vor, Sie schreiben das vor!)

Es kann in einer Beziehung durchaus in Ordnung sein, dass der Mann sagt, ich arbeite 40 Stunden, und die Frau sagt, ich arbeite 20 Stunden, oder umgekehrt, dass die Frau sagt, ich möchte 40 Stunden arbeiten, und der Mann sagt, ich möchte 20 Stunden arbeiten, um beim Kind zu sein.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Die Steuergesetzgebung ist die Vorschrift!)

Lassen wir, bitte schön, diese Wahlentscheidung doch den Eltern und schreiben wir es ihnen nicht vor, was sie zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Punkt, der etwas mit der Zeit zu tun hat, wenn Kinder erzogen werden. Das ist klar, man kann es auch reduzieren. Ich sage, es hat auch etwas mit der Zeit zu tun, wenn die Kinder raus sind. Dann ist es eine richtige Entscheidung, ein Ehegattensplitting einzuführen. Eine Frau – es kann auch der Mann sein –, die 20 Stunden gearbeitet und damit die Arbeitszeit reduziert hat, kommt natürlich in der Karriere nicht so schnell vorwärts und wird vielleicht nicht so viel verdienen. Wenn das steuerlich anerkannt wird, finde ich es in Ordnung.

Ein weiterer Gedanke: Wenn zwei miteinander verheiratet sind, dann freut man sich ja nicht nur über das Ehegattensplitting, sondern im Umkehrschluss heißt das auch: Wenn der eine keine Arbeit hat oder vielleicht krank ist, muss der andere für ihn finanziell einstehen.

(Uta Windisch, CDU: Das verstehen die aber nicht!)

Das ist eine Solidargemeinschaft, die dem Staat sehr viel Geld spart.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dann Ihre Milchmädchenrechnung von 20 Milliarden Euro bringen, was das Ehegattensplitting kostet, dann sage ich:

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Lassen Sie doch mal die Milchmädchen, Herr Krauß!)

Das Zigfache würde es kosten, wenn wir das Ehegattensplitting nicht mehr hätten und alle sofort zum Sozialamt rennen und sagen würden, der Staat ist zuständig, wenn einer zum Beispiel krank oder arbeitslos wird. Das puffert derzeit alles die Ehe ab.

*(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Frank Heidan, CDU)*

Ich möchte die Debatte auch nutzen, um einen Blick voraus zu werfen und Dinge anzusprechen, die vielleicht in den nächsten Wahlperioden einmal Thema sein werden. Drei Punkte sind mir dabei wichtig:

Das Erste ist die Wertschätzung der Familie. Ich möchte noch einmal auf das Thema Familienbildung und auf Patenmodelle eingehen. Die höhere Wertschätzung der Familie: Mittlerweile ist es auch in Sachsen so, dass, wenn ein Kindergarten gebaut wird, es dagegen Bürgerproteste gibt. Mitunter gibt es bei uns Straßen, über die 40.000 Fahrzeuge pro Tag fahren. Darüber beschwerten sich die Anwohner nicht mehr, sondern sie beschwerten sich über den Kindergarten, der an der Ecke gebaut werden soll. Das hat etwas mit dem Familienbild zu tun. Freuen wir uns über Kinder, wenn wir sie sehen, oder freuen wir uns nicht über Kinder? Ich hoffe, dass wir uns freuen.

Der Ministerpräsident hatte im „Focus“ einen Namensbeitrag geschrieben, aus dem ich zitieren möchte: „Solange sich Eltern am Arbeitsplatz für familiäre Belange entschuldigen müssen und Frauen im Bewerbungsgespräch widerrechtlich gefragt werden, ob sie schwanger sind und werden wollen, haben Politik, Gesellschaft und Wirtschaft noch einiges zu tun.“ Das ist richtig.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Dazu stehen wir auch!)

- Das freut mich. Das ist doch etwas, was man selbst in Gesprächen bei Bewerbungsrunden erlebt hat.

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Herr Krauß, Sie schaffen doch mit Ihrer Politik solche Rahmenbedingungen!)

- Entschuldigung, das ist doch Quatsch.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Natürlich!)

Wir schaffen Entscheidungen, von denen die ganze Gesellschaft betroffen ist und auch die Wirtschaft. Wir stellen nicht jeden an – wie Sie wissen –, weil wir keine Staatswirtschaft haben, sondern auch die Unternehmer und die Gesellschaft insgesamt haben eine Entscheidung. Wir als Politik auch, keine Frage.

Wenn ich manchmal bei Bewerbungsgesprächen bei Vorständen dabei bin, dann werden vornehmlich die Frauen nach der Kinderbetreuung gefragt. Das ist immer interessant. Die Männer werden gar nicht danach gefragt. Frauen fragt man immer gutmütig: Kriegen Sie es denn hin mit der Betreuung Ihres Kindes? Meist sagen die Frauen dann schon im Voraus, dass sie nur ein Kind haben und sich kein weiteres wünschen.

Das ist für mich ein gesellschaftlicher Ausdruck dieser Unfreundlichkeit gegenüber Familien und Kindern, dass wir uns nicht freuen und keinen Gewinn darin sehen, sondern gerade – manchmal bewusst und manchmal unbewusst – Familien Steine in den Weg legen und ihnen damit das Leben schwer machen.

Wertschätzung, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat auch etwas mit Geld zu tun. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Ich möchte keinerlei Geldgeschenke für Familien. Es gibt manchmal die Vorstellung, dass den Familien wahnsinnig viel Geld hineingeblasen wird. Nehmen wir das Beispiel Kindergeld. Das Kindergeld ist überhaupt kein Geschenk an Familien, sondern es ist einfach und allein eine Rückerstattung von zu viel gezahlten Steuern und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Kristin Schütz, FDP)

Hans-Werner Sinn hat ein Buch geschrieben. Es heißt „Verspielt nicht eure Zukunft“. Darin sagt er, der Staat „sollte den Eltern einen höheren Anteil dessen zukommen lassen, was ihre Kinder zum Generationentransfer beisteuern“. Er sagt, der Staat wäre neutral, wenn er jedem Kind mindestens einen Gutschein von 50.000 Euro zusätzlich gibt. 50.000 Euro müsste er eigentlich zusätzlich geben, wenn man sich einmal anschaut, was die Kinder in die Sozialsysteme hineinzahlen und was die Eltern bekommen. Also auch, was für Kinder ausgegeben wird, wenn man das Schulsystem oder das Bildungswesen betrachtet. Man traut sich solche Summen gar nicht auszusprechen. Daran wird deutlich, welche Riesenleistung Familien erbringen, ohne dass es irgendwo finanziell anerkannt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden derzeit über die Mütterrente. Das ist für mich so ein Ausdruck der Anerkennung der Erziehungsleistung von Frauen.

Stellen wir uns einmal zwei Frauen vor. Die eine Frau hat Kinder; sie bleibt vielleicht eine gewisse Zeit zu Hause. Sie arbeitet dann später möglicherweise verkürzt, weil sie drei Kinder hat und Beruf und Familie irgendwo vereinbaren will. Sie bekommt einmal eine schlechtere Rente als eine Frau, die sagt: Ich entscheide mich gegen Kinder, ich brauche keine Kinder. Sie arbeitet durchgängig, sie macht Karriere, sie hat einen guten Job. Später dann, im Alter, bezahlen die Kinder der Frau, die Kinder bekommen hat, die Rente für diese Frau.

Das kann auf Dauer nicht gerecht sein. Insofern finde ich es gut, dass wir mit der Mütterrente den Ansatz gefunden haben, dass die Frauen, die Kinder erziehen, auch bessergestellt werden. Wir wissen, für die Frauen, deren Kinder ab 1992 geboren sind, haben wir das schon. Aber dass wir jetzt auch einen Schritt gehen für die Mütter, die die Kinder vor 1992 bekommen haben, dass wir dort eine Besserstellung erreichen, dass wir einen Schritt vorwärts kommen, ist gut. Wir wissen auch, dass das viel Geld kostet; 6,5 Milliarden Euro jährlich sind kein Pappenstiel, aber es ist die richtige Entscheidung, hier zu sagen: Frauen, die Kinder erzogen haben, stehen nicht im Abseits, sondern das wird gesellschaftlich wirklich anerkannt und gewürdigt.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ansprechen, von dem ich glaube, wir sollten in Zukunft stärker darüber nachdenken, ob wir da etwas tun können. Es ist das Thema Familienbildung. Kinder richtig zu erziehen ist keine einfache Aufgabe, und jeder von uns, der Kinder hat, hat auch seine eigenen Erfahrungen gemacht und weiß, dass es nicht unbedingt immer einfach ist und dass man vielleicht auch Dinge falsch machen kann. Das steht auch außer Frage.

Aber ich glaube, die Mehrzahl der Eltern möchte ihre Kinder ordentlich erziehen, und deswegen sollten wir die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung stärken, wir sollten ihnen helfen, dass sie ihre Kinder wirklich gut erziehen können. Wir neigen manchmal dazu, dass wir dann eher sagen, wir nehmen die Kinder weg, stecken sie ins Heim – und bezahlen 3.000 Euro im Monat für einen Heimplatz. Ein paar Kollegen – Kollege Wehner war dabei gewesen, aber auch Frau Herrmann – waren zu einer Veranstaltung gewesen, auf der es um behinderte Eltern ging. Es hat mich sehr nachdenklich gemacht, dass bei vielen geistig behinderten Eltern offensichtlich normal ist, dass man sein Kind weggenommen bekommt aufgrund der geistigen Behinderung, anstatt zu schauen: Wie können wir den Eltern zu Hause helfen? Es sind Fälle, bei denen man mitbekommt, die sind liebevoll, die wollen wirklich ihre Kinder erziehen.

Dort sollte man fragen: Können wir es nicht schaffen, dass wir – wir haben ja zum Beispiel die Sozialpädagogische Familienhilfe – jemand danebenstellen, der zu Hause hilft, Kinder aufzuziehen? Aber diese Liebe, die diese Eltern schenken und schenken wollen, die sollten wir dem Kind nicht vorenthalten. Darüber noch einmal nachzudenken, wie wir Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung stärken können, anstatt dass der Staat alle Aufgaben übernimmt, halte ich für richtig.

Wir haben verschiedene Anbieter. Kollege Patt kann vielleicht nachher noch etwas dazu sagen, weil er als Vorsitzender des Deutschen Familienverbandes in Sachsen ja auch solche Kurse anbietet, aber auch der Deutsche Kinderschutzbund mit „Starke Eltern – starke Kinder“. Da gibt es eine ganze Menge Angebote auch von Trägern, die sagen: Wir wollen Eltern stärken, wir machen Angebote und erklären, wie man erziehen kann.

Wir hatten vor einiger Zeit bei Frau Staatsministerin Kurth auch ein Modellprojekt „Familienbildung in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen“, was hoch erfolgreich war, weil wir gesehen haben: Wir erreichen die Eltern gerade in den Kindergärten, weil sie dort hingehen. Wenn wir dort allein Elterncafés und andere Angebote des Austauschs machen, wo über Erziehungsfragen gesprochen wird, dann tun wir wahnsinnig viel. Ich finde, wenn wir das noch ein wenig stärken könnten, würden wir unserer Gesellschaft etwas Gutes tun.

Lassen Sie mich auf einen dritten Punkt zu sprechen kommen, auf Patenmodelle. Paten haben in der Kirche, wenn man zurückschaut, eine lange Tradition, dass gesagt wird: Es gibt die Eltern und es gibt Helfer aus der Familie, aus dem Freundeskreis, die die Eltern bei der Kindererziehung unterstützen. Jetzt stellen wir einerseits fest, es wird nicht mehr jedes Kind getauft, was auch die legitime Entscheidung der Eltern ist, und auf der anderen Seite stellen wir fest, dass die Familien natürlich immer kleiner werden. Wenn die Familien immer kleiner werden, wird es auch immer schwieriger, Paten aus dem Familienkreis zu gewinnen.

Dann ist darüber nachzudenken, ob es andere Möglichkeiten von ehrenamtlichen Paten gibt. Frau Staatsministerin hat ja das „welcome“-Projekt in diesem Monat vorgestellt und unterstützt. Das ist, finde ich, der richtige Ansatz, wenn es da noch mehr solche freiwilligen Initiativen gäbe, dass Menschen sagen, wir sind bereit, auch ein bisschen Verantwortung für ein Kind mit zu übernehmen, das nicht mit uns blutsverwandt ist, indem wir den Eltern helfen, sie zu begleiten, finde ich das ganz toll, und ich würde mir wünschen, dass solche Projekte wirklich Verbreitung finden. Deswegen vielen Dank, Frau Staatsministerin, dass Sie das mit befördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Familien sind in unserem Land die wichtigsten Bildungseinrichtungen; sie sind die erfolgreichsten Hilfsorganisationen, und sie sind in Sachsen der Ort, wo die Sachsen am glücklichsten sind. Familien machen uns als Gesellschaft stark – stärken wir die Familien!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war Herr Krauß für die CDU-Fraktion. – Jetzt sehe ich an Mikrofon 1 den Wunsch nach einer Kurzintervention. Bitte, Frau Kollegin.

Dagmar Neukirch, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede von Alexander Krauß hat mich doch bewegt, zwei, drei Einwürfe in die Debatte zu geben, und zwar zu den Punkten Wahlfreiheit und Ehegattensplitting. Ich denke, das kann man nicht so stehen lassen, da muss man den Gedanken von Herrn Krauß noch ein bisschen was hinzufügen.

Die Wahlfreiheit von Familien, von Eltern, ob sie arbeiten gehen oder nicht, ist bei uns in Sachsen eben nicht nur die Frage, was das Beste für ihr Kind ist, sondern es ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die meisten Familien in Sachsen, arbeiten zu gehen und dabei auch in einer Größenordnung, bei der sie nicht wählen können, ob sie nun zehn oder 20 Stunden pro Woche arbeiten gehen. Die meisten müssen in Vollzeit erwerbstätig sein, und die meisten bzw. viele Eltern in Sachsen müssen danach, nach einer Vollzeit-erwerbstätigkeit, auch noch zum Sozialamt gehen und sich aufstockende Hilfen geben lassen.

Das ist sozusagen die Realität, die ich da einwerfen möchte. Da nützt das Betreuungsgeld, an der Stelle, auch relativ wenig. Ich war ja schon froh, dass Sie nicht noch die Kosten für die Schule einbezogen haben. Kindertagesstätten in Sachsen sind Bildungseinrichtungen, und die kann man von der Kostenstruktur her nicht mit einem Erziehungsgeld vergleichen.

(Zuruf von der CDU: Eltern sollen auch bilden!)

Das hat mit dem Thema Wahlfreiheit nichts zu tun. Natürlich können Eltern auch bilden.

Vielleicht ein kleiner Hinweis zum Subsidiaritätsprinzip, das Sie ja auch so hoch loben. Familien haben natürlich das Recht und die Pflicht, für ihre Kinder zu sorgen. Ein Staat muss aber sicherstellen und die Voraussetzung schaffen, dass Familien dieser Aufgabe nachkommen können. Dazu gehört eine verlässliche Infrastruktur auch an Kindertagesstätten und Schulen.

Zum zweiten Punkt, zum Ehegattensplitting. Das Ehegattensplitting ist genau der Anreiz für eine bestimmte Familienform, den Sie mit Ihrer Wahlfreiheit eigentlich infrage stellen wollen.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Zeit für die Kurzintervention läuft ab, Frau Kollegin!

Dagmar Neukirch, SPD: Ganz viele Familien, fast die Hälfte der Familien in Sachsen haben sich nicht für die Ehe entschieden und können nicht von den Vorteilen des Ehegattensplittings profitieren. Sie nehmen trotzdem Verantwortung füreinander wahr.

(Widerspruch bei der CDU)

Dieses Konzept ist sozusagen nicht stimmig, und darauf wollte ich noch einmal hinweisen.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war eine Kurzintervention von Frau Kollegin Neukirch, SPD-Fraktion. Darauf reagiert Herr Kollege Krauß an Mikrofon 5.

Alexander Krauß, CDU: Vielen Dank für die Kurzintervention.

Zum Thema Wahlfreiheit. Wir stimmen in der Analyse der Ist-Situation überein, wenn Sie sagen, Frau Neukirch, es ist bei vielen Eltern eine wirtschaftliche Notwendigkeit, arbeiten zu gehen und in Vollzeit zu arbeiten. Ja, da haben Sie recht, keine Frage.

Jetzt frage ich mich allerdings: Warum kämpfen Sie so verbissen gegen das Betreuungsgeld und zum Beispiel auch das Landeserziehungsgeld, wobei wir dort den Eltern mehr Geld in die Hand geben und sagen: Ihr sollt entscheiden können, ob ihr vielleicht einen Monat länger zu Hause bleiben wollt oder ein halbes Jahr oder eher arbeiten gehen?

Das ist das Problem, das ich bei den Sozialdemokraten nicht verstehe: Warum kämpfen Sie so verbissen dagegen, dass wir den Eltern diese Wahlfreiheit nach Möglichkeit gewähren wollen?

(Unruhe bei der SPD)

Zum Thema Ehegattensplitting. Erstens ist die Aussage falsch, dass die Hälfte der Kinder bei unverheirateten Eltern aufwächst.

Und zur Verantwortung. Die Verantwortung in der Ehe ist eben ganz leicht feststellen, weil die Verheirateten einen Trauschein haben. Wenn jemand arbeitslos ist, sagt man eben: Jetzt gucken wir einmal ganz genau hin, was du als Ehepartner für ein Einkommen hast, kannst du zum Beispiel deinen arbeitslosen Mann unterstützen.

(Zuruf der Abg. Dagmar Neukirch, SPD)

– Das kann auch bei Partnerschaften theoretisch so der Fall sein. Aber was ist denn die Realität? Ich weiß nicht, ob Sie auch einmal in Ihrem Familien- oder Freundeskreis herumschauen. Ich kann Ihnen sagen, was ich da erlebe: Da tut man eben so, als ob man alleinerziehend ist, und zieht nicht zusammen, weil man weiß, dass man dann ein bisschen mehr Geld bekommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE – Heiterkeit)

– Ja, da können Sie einmal sehen: Ich komme aus der Mitte der Gesellschaft. Das ist die Realität! Das kann ein verheiratetes Ehepaar nicht machen; die können sich nicht so leicht rausschleichen, sondern da muss einer für den anderen eintreten.

Deswegen finde ich, dass man diese Verantwortung, die die Eheleute übernehmen, auch in einer gewissen Weise würdigen sollte. – Nein, so ist die Realität in diesem Lande! Das ist doch auch ganz nachvollziehbar, dass die Leute irgendwo rechnen und schauen, wie sie am besten durchkommen. Deshalb müsste man einen Anreiz so schaffen,

(Zuruf von der CDU)

dass sich wirklich die Verantwortungsgemeinschaft, die Ehe, auch lohnt. Das macht der Staat derzeit, und ich glaube, er macht es richtig, damit keine Fehlanreize gesetzt werden, dass man sich sozusagen pro forma für alleinerziehend erklärt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Das war die Reaktion, die natürlich auch in einer bestimmten zeitlichen Spanne vorgetragen werden muss. Wir fahren in der Aussprache fort. Für die SPD-Fraktion ergreift jetzt das Wort Herr Kollege Dulig.

Martin Dulig, SPD: Ich habe gar nicht so viel Redezeit, um all das zu sagen, was man eigentlich zu diesem Thema sagen müsste. Aber mir läuft das Herz über, und deshalb wollte ich unbedingt auch selbst in diese Debatte gehen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen haben heute eine Fachregierungserklärung gehört. Diese wird eigentlich am Anfang gehalten, indem erklärt wird, was das Programm ist. Jetzt hören wir – wir sind im Jahr 2014 – wieder eine Reihe – das wird wahrscheinlich erst der Anfang sein – von Regierungserklärungen als Bilanz. Ich würde ja gern einmal vergleichen zwischen dem, was vorher als Programm von Ihnen definiert und was heute als Bilanz vorgelegt wurde.

Deshalb frage ich Sie, Frau Clauß: Worauf sind Sie persönlich als Familienministerin stolz? Was haben Sie sich in den letzten viereinhalb Jahren vorgenommen, damit die Situation von Kindern und Familien in Sachsen besser wird? Was ist das Projekt, bei dem Sie mit ganzem Herzen dabei sind und sagen: Genau das wollte ich, und das habe ich geschafft? Was ist Ihre Bilanz als Familienministerin? Worauf sind Sie stolz? Das frage ich Sie.

Ich möchte die Debatte nutzen, nicht nur in diesem alten Schwarz-Weiß zu bleiben: Da ist die Regierung, die alles schön finden muss, und da ist die Opposition, die alles kritisieren muss. Nein. Ich glaube gerade, wenn wir über Familien in Sachsen reden, dann kann man vieles, was Sie beschrieben haben, unterstützen, weil es stimmt. Gerade wenn Sie an die Leistungen, die in Familien erbracht werden, mit unterschiedlichsten Beispielen erinnern, wo auch jeder mit eigenen Beispielen beitragen kann, wird deutlich, dass der Dank, den man den Familien ausdrückt, ein ehrlicher Dank sein muss und ein ehrlicher Dank ist. Dem kann ich mich nur anschließen.

Ich glaube sogar, dass wir bei der Vielfältigkeit bei Familien in vielen Bereichen gar nicht ermessen können, was wirklich Leistungen von Familien sind, wie es

Familien ergeht, die tagtäglich aus sozialen Gründen kämpfen, wie es für Familien ist, die richtige Lösung ihrer Kinder bei der Schulwahl zu treffen, wie schlimm und schwierig es für Familien mit Kindern mit Behinderung ist, für alles kämpfen und sich immer rechtfertigen zu müssen. Das kostet eine immense Kraft. Wir können oft nicht ermessen, was dies wirklich bedeutet. Deshalb findet man gar nicht die richtigen Worte, um tatsächlich diese Wertschätzung und den Dank, den man Familien entgegenbringen muss, auszudrücken.

Ich gebe Ihnen auch recht, dass jede Familie einzigartig ist. Jedes Beispiel ist aber auch wieder gefährlich, weil es eben nicht der Verallgemeinerung dienen kann, weil jede Familie einzigartig ist. Jeder hat ein eigenes Schicksal, eine eigene Geschichte, und jeder bringt eigene Stärken und Schwächen mit ein.

Was ist Familie? Familie ist dort, wo man füreinander Verantwortung übernimmt. Wenn man sich auf diesen Nenner verständigen kann, sind wir schon einmal einen gemeinsamen Schritt weiter. Es geht sowohl um die Beziehung von Mutter, Vater, von Eltern zu ihrem Kind, genauso aber natürlich auch um die Beziehung von Kind/Kindern zu ihren Eltern. Familie ist also nicht nur die Phase am Anfang, sondern der dauerhafte Prozess und auch die Verantwortung, die Kinder für ihre Eltern haben, wenn sie in Pflege gehen und Betreuung benötigen.

Für mich ist das Wichtigste, wenn ich an Kinder denke, nicht die Frage, in welchem Verhältnis sie leben, also ob Vater oder Mutter bei ihnen sind. Das Wichtigste ist für mich, dass Kinder behütet aufwachsen, dass sie ein Umfeld haben, in dem alles getan wird, dass sie gelingend aufwachsen können, dass sie ihr Leben meistern können. Das ist für mich das Zentrale. Was mich an dieser Debatte stört, ist, dass wir Familie und Ehe immer als Einheit diskutieren. Ich wiederhole mich an dieser Stelle: Ich bin über 20 Jahre mit ein und derselben Frau verheiratet und habe mit ihr sechs Kinder. Ich möchte das Privileg der Ehe nicht durch die Diskriminierung anderer Lebensformen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen doch auch zur Kenntnis nehmen, dass gerade einmal knapp über die Hälfte der Familien mit Kindern in einer Ehe leben. Das heißt, dass es gar keinen Sinn macht, wenn Sie zum Beispiel Leistungen für Kinder an die Rechtsform der Ehe binden. Wir müssen die Debatte darauf konzentrieren,

was das Beste für das Kind ist, und nicht eine Rechtsformdebatte führen. Das muss Zentrum einer guten Familienpolitik sein: Was dient dem Wohl des Kindes und nicht, in welcher Rechtsform lebt es? Das ist die zentrale Frage.

(Marko Schiemann, CDU: Das hat Alexander Krauß auch gesagt!)

– Da haben wir eine unterschiedliche Wahrnehmung über das, was hier als Schwerpunkt für ein Familienbild gesetzt wurde.

Über wen reden wir? Ich bin mir nicht so sicher, ob Sie tatsächlich wissen, wie es Familien in Sachsen geht, denn jeder führt seine Beispiele an, jeder nimmt seine Statistiken. Ich hätte aber gern einmal das Versprechen, das wir einmal dem Sächsischen Landtag gegeben haben, dass wir nämlich einen Lebenslagenbericht in jeder Legislaturperiode fortschreiben, eingelöst. Wir hatten 2006, in der letzten Legislaturperiode, den ersten Lebenslagenbericht, den ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Freistaates Sachsen mit der Aussage, dass dieser fortgeschrieben werden soll. Dazu muss ich Ihnen sagen, dass dieser Lebenslagenbericht der erste und leider auch der letzte war.

Ich bin mir nicht wirklich sicher, ob Sie wissen, wie es Familien in Sachsen geht. Wir haben keine Sozialberichterstattung, wir haben keine Familienberichterstattung. Da verstehe ich schon, dass Sie natürlich heute in Ihrer Regierungserklärung eher beschreibend unterwegs waren als wirklich programmatisch.

Es macht keinen Sinn, wenn wir über Familienpolitik reden, nur in Extremen zu reden, weder alles schön-, noch alles schlechtzureden. Weder geht es darum, Familien nur als solche zu sehen, denen es sozial gut geht, die alles haben, die alles in den Griff bekommen, als auch die Familien darauf zu reduzieren, dass es alles arme Familien sind, die die sozialen Leistungen des Staates benötigen. Die große Mehrheit lebt nämlich genau dazwischen.

Es gibt Familien, die Leistungen des Staates bzw. des Freistaates bekommen, und es gibt eine große Anzahl von Familien, die verdient so viel, dass sie nicht die sozialen Leistungen bekommt, aber wiederum auch so wenig, dass sie sich trotzdem bestimmte Sachen nicht leisten kann. Da besteht eine Unwucht. Deshalb ist zum Beispiel, dass wir das kostenfreie Vorschul-

jahr gestrichen haben, für einen Großteil von Familien ein Problem, denen wir das erste Mal eine Leistung geschenkt, sie tatsächlich wertgeschätzt haben, nämlich die große Gruppe, die genau dazwischen ist. Doch diese verlieren wir zunehmend aus dem Blick.

Die Familien in Sachsen fühlen sich wohl. Es ist ihre Heimat. Sie partizipieren natürlich auch von einem wirtschaftlichen Fortschritt, auch davon, dass sich der Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Wir können uns doch alle freuen, dass in bestimmten Branchen die Gehälter steigen. Wir können auch gemeinsam froh sein, dass wir eine gute Bildungsinfrastruktur besitzen, dass wir eine gute Kita-Struktur haben, dass wir Schulen und Bildungseinrichtungen haben, dass unsere Kinder und unsere Lehrerinnen und Lehrer PISA-Sieger sind. Darauf können wir stolz sein, das ist doch gut.

(Beifall bei der SPD)

Aber es macht doch nur Sinn, wenn wir über die Stärken unseres Landes reden und über das, warum sich Menschen hier wohlfühlen, wenn wir die Schwächen nicht negieren, wenn wir die Schwächen benennen und sie endlich als politische Herausforderung annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss uns weiterhin aufregen und empören, wie viele Kinder in Armut leben. Kinderarmut ist ja nicht nur die soziale Dimension von Armut, sondern hat genauso viel mit Beteiligungsmöglichkeit, mit Bildung zu tun. Aber wenn wir selbst dort eine positive Entwicklung haben, sind die Zahlen immer noch skandalös. 20,7 % aller Kinder in Sachsen, jedes fünfte Kind, ist abhängig von sozialen Mindestleistungen. Dahinter stecken Biografien. Das sind über 100.000 Kinder, die alle Namen haben, genau wie Sie aufgezählt haben. Das muss uns weiterhin aufregen.

Wir haben nach wie vor eine Gehaltssituation, die davon geprägt ist, dass wir eine Niedriglohnstrategie in diesem Land hatten und deshalb an drittletzter Stelle im bundesweiten Vergleich liegen, was die Gehälter betrifft. Ein monatliches Durchschnittseinkommen eines Haushaltes – die Zahl kommt aus Ihrem Haus – liegt bei 1.565 Euro. Das mag für den Single ausreichen – das reicht für eine Familie keinesfalls aus.

Oder wenn Sie das Thema Kindeswohlgefährdung ansprechen, dann reden Sie doch auch einmal mit den Jugendämtern, mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, dass es eben leider auch so ist – und das finde ich nach wie vor einen Skandal –, dass oft Entscheidungen in den Kommunen nicht nach der wirklichen Frage beantwortet werden: Was ist gut für das Kind?, sondern nach Haushaltslage; weil eben Hilfen zur Erziehung eine Pflichtaufgabe sind.

Wenn man dann überlegt: Was ist preiswert, was ist preiswerter, was können wir uns leisten?, nimmt das inzwischen Formen an, dass bestimmte Leistungen für die Kinder gar nicht mehr über die Kommune finanziert werden, sondern dass zum Beispiel jetzt auch kinderpsychiatrische Dienste in Anspruch genommen werden, weil es dann die Krankenkasse bezahlt. Nur, so können wir doch nicht mit Kindern umgehen. Wenn es um das Wohl der Kinder geht, muss die Qualität der Betreuung und der Unterstützung in den Vordergrund gerückt werden und nicht die Haushaltsstelle.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Genauso glaube ich, dass wir beim Thema Pflege mehr tun müssen. Die Pflegenetze, die Sie so gelobt haben, kamen zu spät und müssen dringend weiterentwickelt werden. Die von Ihnen so gelobte vernetzte Pflegeberatung ist ja gut und schön, nur sagen Sie doch einmal bitte, wie viel Geld Sie dort hineinstecken. Nicht einen einzigen Euro steckt der Freistaat hinein, aber Sie loben es.

Wir brauchen unbedingt ein Landespflegegesetz, um die Kommunen in den einzelnen Regionen endlich in die Situation einer gesicherten Altenhilfeplanung zu versetzen. Wir brauchen darüber hinaus unbedingt regionale Pflegekoordinatoren, die die vorpflegerischen und pflegerischen Angebote vor Ort miteinander in Beziehung setzen und vernetzen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die beste Wertschätzung für Familie ist eine gute Politik für Familien. Sie haben es ja selbst gesagt, es ist ein Querschnittsthema. Da frage ich aber auch: Wo war eine Familienministerin? Wo hat eine Familienministerin einem Wirtschafts- und Arbeitsminister widersprochen, als er wiederholt gegen Branchenmindestlöhne gestimmt hat und die Allgemeinverbindlichkeit – zum Beispiel das letzte Mal beim Elektrohandwerk – verhindert hat?

Wo war eine Familienministerin – wo ist eine Familienministerin –, die sich mit der Kultusministerin auseinandersetzt und fragt: Wie können wir endlich den Skandal, dass wir in Sachsen nach wie vor die höchste Quote der Kinder und Jugendlichen haben, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen, beenden? Wo war da eine Familienministerin?

Wo war eine Familienministerin – wo ist eine Familienministerin –, die den Ministerpräsidenten an sein Versprechen erinnert, das er 2009 gegeben hat – ich zitiere –:

„Wir starten eine Offensive für eine bessere Betreuungsqualität in den Kindergärten. Wir wollen 15 Millionen Euro in die Hand nehmen, damit auf eine Erzieherin künftig nur noch zwölf Kinder kommen. Ich werbe bei den Kommunen darum, diesen Betrag auf 30 Millionen Euro zu verdoppeln im Interesse unserer Kinder.“? Wo war die Familienministerin?

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Wir wollen, dass wir in diesem Land – das sage ich jetzt als Sozialdemokrat –, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht, genauso viel Ehrgeiz entwickeln, wie Sie den Ehrgeiz hatten, die Landesbank zu retten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den LINKEN)

Genau denselben Ehrgeiz wollen wir aufbringen. Wir haben uns vorgenommen, in den nächsten zehn Jahren denselben Betrag – 2,75 Milliarden Euro, das sind 275 Millionen Euro im Jahr – zusätzlich für die Kinder zu investieren. Dann sprechen wir über Betreuung und Qualität in den Kitas, über den Lehrermangel an unseren Schulen, über andere Betreuungs-, Bildungs- und vor allem Unterstützungsangebote. Wir brauchen mehr Zeit für die Kinder.

(Andreas Storr, NPD: Da kann ja die SPD in der Bundesregierung ihren Beitrag dazu leisten!)

Aber darüber werden wir vor allem auch aus Anlass des Antrages von morgen reden, wenn wir darüber diskutieren, wie wir Familien und Arbeit miteinander vereinen können.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Redezeit geht zu Ende.

Martin Dulig, SPD: Hinter all dem, was Sie hier angesprochen haben, stecken Schicksale. Es geht um Kinder, es geht um die Familien. Und es geht nicht nur um Oskar, Nicole, Penelope, Sybille, Stefan und Raphael, sondern es geht genauso um Kevin, Chantal, Jeje, Ismail, Mandy oder Sascha. Hinter all diesen Namen stecken einzelne Schicksale, und darum werden wir uns kümmern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und der Abg. Gisela Kallenbach, GRÜNE)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die SPD-Fraktion sprach Kollege Dulig. Jetzt ergreift für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Schütz das Wort.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir Liberale stehen für ein modernes Familienbild. Wir fördern alle Familien. In Sachsen wird niemand aufgrund sexueller Orientierung oder eines individuellen Lebensmodells diskriminiert. Sachsen setzt auf verheiratete und ihnen gleichgestellte Paare ebenso wie auf dauerhafte Lebensgemeinschaften ohne Trauschein. Wir respektieren gleichgeschlechtliche Beziehungen ebenso wie die von Mann und Frau. Schwule und lesbische Paare haben bei uns die gleiche Akzeptanz wie heterosexuelle.

Wenn sich Frauen oder Männer entscheiden, ihre Kinder allein großzuziehen, dann ist es auch eine Selbstverständlichkeit, dass wir dieses Modell unterstützen. In welcher Form sich nämlich Menschen gegenseitig Vertrauen aussprechen, wie sie zusammenleben möchten, welche Werte sie teilen – das können sie hier in Sachsen selbst entscheiden.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden sie bei alledem unterstützen; denn sie alle haben Pflichten, denen sie nachkommen, und deswegen besitzen sie auch die gleichen Rechte.

Sachsen ist Familienland, und in diesem modernen Familienland ist jeder willkommen – egal, wie er sich der Herausforderung Familie stellt.

Wenn wir Familien fördern, müssen wir natürlich stets auch finanzielles Auskommen im Blick behalten. Nur bei finanzieller Sicherheit und Perspektive

sind junge Menschen auch bereit, Familien zu gründen, Kinder zu bekommen. Finanzielle Sicherheit und Perspektive schafft man in erster Linie in Ausbildung und Beruf, und dann entscheidet man sich auch für Kinder und die Kinderbetreuung.

Die Kinderbetreuung in Sachsen ist dabei eine der besten in Deutschland. Sachsen ist, was dieses Thema betrifft, deutlicher Vorreiter in Deutschland. In Sachsen ist es wirklich fast allen Eltern möglich, ihrem Beruf nachzugehen und eine Familie zu gründen. In Sachsen sind 76 % der Mütter mit Kindern zwischen drei und sechs Jahren berufstätig; das sind 10 % mehr als im Bundesdurchschnitt. Das spricht auch für das Selbstbewusstsein der Frauen hier in Sachsen, ihr eigenes Einkommen zu verdienen.

Viele Familien ziehen nach Sachsen zurück, weil sie in anderen Bundesländern erlebt haben, wie schwer es sein kann, vernünftige Betreuungsangebote zu bekommen. Wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelingen kann, darüber gibt es verschiedene Ansichten – wir haben sie heute schon teilen dürfen –: Die eine Seite sagt, man kann ein Betreuungsgeld zahlen, damit Frauen länger zu Hause bleiben können. Das müssen wir aber später – und das erleben wir gerade – mit extra Rentenpunkten, die dann von den Rentenbeitragszahlern getragen werden müssen, wieder eintreiben. Und das sind meist wieder die Kinder, für die die Eltern eigentlich zu Hause geblieben sind. Das halten wir als FDP für unfair und vor allem für nicht mehr zeitgemäß. Im Endeffekt setzt man nämlich mit dem Betreuungsgeld Anreize, damit Frauen später eine geringe Rente haben. Das lehnen wir als FDP ab.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hingegen steht für die Kinderbetreuung, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet. Hier brauchen wir weiterhin die gute Qualität in unseren sächsischen Kindertageseinrichtungen. Wir haben dafür unter anderem das Assistenzkräfteprogramm verabschiedet. Unser Ziel ist es dabei, die Fachkräfte zu entlasten, und mit der Richtlinie Bildungschancen ermöglichen wir ja gerade die Unterstützung der pädagogischen Arbeit der Fachkräfte. Diese Extrakräfte, die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder durch die pädagogischen Fachkräfte noch besser gewährleisten, werden mit jährlich 5 Millionen Euro ermöglicht. Wir werden uns als FDP dafür aussprechen, dieses Programm auszubauen und weiter zu verstetigen.

Um die Debatte zum Betreuungsschlüssel will ich mich gar nicht herumdrücken; wir kennen die Kontroverse, die darüber im Land geführt wird. Wir müssen uns der Frage stellen, wie wir die Erzieherinnen weiter entlasten können, wie wir den Bildungsplan auf den Prüfstand stellen und die Erzieherinnen von unnötigen und übermäßigen bürokratischen Anforderungen befreien können. Und, ja, wir werden auch darüber sprechen müssen, ob wir den Betreuungsschlüssel absenken.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden auch zukünftig berufstätige Familien in den Mittelpunkt unserer familienpolitischen Anstrengungen rücken. Dafür haben wir auch das Programm „KitaFLEX“ gestartet. Flexible Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen erlauben es, die Betreuung an die Erfordernisse eines Berufslebens im Singlehaushalt oder mit zwei Berufstätigen anzupassen. Wir nehmen damit von Familien vor allen Dingen den Druck, der durch das Spannungsfeld von Beruf und Familie sowie durch die Pendelwege – das betrifft insbesondere den ländlichen Raum – entsteht.

Ich möchte es mit einem Augenzwinkern als „Königsklasse“ bezeichnen, wenn es gelingt, den Arbeitnehmern direkt im Unternehmen eine Kinderbetreuung anzubieten. Auch für die Gründung solcher Betriebskindergärten haben wir im Haushalt Mittel bereitgestellt. Die Zusammenarbeit mit den Unternehmen ist eines der wichtigsten Elemente der Familienpolitik. Wir wollen dieses Element weiter stärken und ausweiten.

Das müssen wir übrigens nicht gegen die Unternehmen durchsetzen, sondern die Wirtschaft zeigt insofern bereits Initiative. 81 % aller sächsischen Betriebe setzen familienorientierte Personalmaßnahmen und Regelungen dazu um. Unsere Unternehmen, auch die kleinen und mittelständischen, sind sich sehr wohl bewusst, dass es ohne Familien nicht geht. Dazu braucht es keine politischen Schlagworte oder Losungen zu Beginn des Jahres.

Was wir auch auf keinen Fall brauchen, sind Lösungen, wie sie jetzt auf Bundesebene entwickelt werden. Ich erinnere nur an die verordnete Elternteilzeit von 30 Stunden.

Wir unterstützen weiter die Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen. Für den Kita-Ausbau wurden in den Doppelhaushalt 2013/2014 106 Millionen Euro eingestellt. Die Qualifi-

kations- und Fortbildungsverordnung im Kitabereich gewährleistet weiterhin eine fortwährend hohe Qualifikation der Erzieherinnen.

All diese Maßnahmen haben längst zum Erfolg geführt. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stellen Rückkehrer etwa die Hälfte der West-Ost-Migranten. Die Sachsen kommen also zurück, weil sie hier nicht nur Arbeit finden, sondern ebenso die Infrastruktur, die es erlaubt, gleichzeitig eine Familie zu gründen. Damit kommen all jene Fachkräfte wieder, die vor Jahren unser Sachsen verlassen haben, um woanders Karrierechancen zu suchen. Die Attraktivität Sachsens wird dazu führen, dass wieder ausreichend Fachkräfte hier vor Ort sein werden.

Viel zu wenig sind bisher die Probleme von Alleinerziehenden in den Mittelpunkt gerückt worden. Fast jedes fünfte Kind in Deutschland lebt mit einem alleinerziehenden Elternteil. Es gilt, Angebote zu schaffen, die es den Müttern – letztlich auch den Vätern – erlauben, in Teilzeit ihre Ausbildung nach einer Elternschaft fortzusetzen. Wir müssen die Betriebe dabei unterstützen. Es nützt nichts, wenn die Betriebe zwar die Ausbildungszeit strecken, dabei aber nur die Hälfte der Ausbildungsvergütung zahlen; denn davon können junge Familien nicht leben. Für diese Unterstützung benötigen wir Zuschüsse, um die Ausbildung abschließend zu ermöglichen. Das ist ein großes Ziel.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen auch eine weitere Problematik in Sachsen ins Auge fassen: kinderlose Paare. Wir wollen helfen, dass ihr Wunsch nach Familie erfüllt wird. An der finanziellen Unterstützung der künstlichen Befruchtung bei ungewollt kinderlosen Paaren halten wir fest. Darüber hinaus müssen wir diese Möglichkeit aber auch für unverheiratete Paare öffnen. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum diese Förderung auf verheiratete Paare beschränkt bleiben soll. Ebenso wollen wir das Adoptionsverfahren flexibler gestalten. Für manche Paare ist das nämlich die einzige Möglichkeit, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen und damit die Verantwortung, die sie für die nächste Generation übernehmen wollen, zu tragen. Dieser Weg darf nicht durch realitätsferne Verfahren und bürokratische Vorschriften – ich nenne nur den maximalen Altersabstand von 40 Jahren bei Adoptionen – verstellt werden. Daher wollen wir das Adoptions- und das Sorgerecht weiter liberalisieren.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Aspekt: ländlicher Raum und Familie. Was nützt die super Kinderbetreuung im Ort, wenn die nächste Lebensphase der Kinder dort keine Perspektive hat? Ich spreche dabei vom Übergang in die Schule. Wenn wir Familien im ländlichen Raum unterstützen und die Attraktivität des ländlichen Raumes erhalten wollen, dann müssen wir uns über diesen nächsten Schritt Gedanken machen. Die Sanierung der Schulen über die ILE-Förderung ist dabei ein Aspekt, aber er ist bei weitem nicht der wichtigste. Was wirklich zählt, sind Sicherheit und Perspektive für die Erziehung bis in das Erwachsenenalter. Deswegen hat sich die FDP für das Schulschließungsmoratorium eingesetzt. Bis zur Novellierung des Schulgesetzes werden keine Grund- und Oberschulen im ländlichen Raum geschlossen, wenn die Eingangsklasse mindestens 20 Schüler zählt. Seit die FDP mitregiert, haben also Familien im ländlichen Raum die Sicherheit, dass die Schulen ihrer Kinder nicht in ihrer Existenz bedroht sind. Ich möchte es noch einmal betonen: Es nützt uns nichts, Schulen zu sanieren, wenn wir sie anschließend wieder schließen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist das Schulschließungsmoratorium der eigentliche Faktor, um den ländlichen Raum für Familien mit jungen Kindern attraktiv zu halten.

(Martin Dulig, SPD: Ich denke, die Änderung des Schulgesetzes?)

Ein weiterer Aspekt, der, wenn wir Familie betrachten, nicht außer Acht gelassen werden darf, ist die Pflege. Die Herausforderungen durch den demografischen Wandel sind nicht nur in den Geburtenzahlen, sondern vor allem in der älter werdenden Bevölkerung und auch der Pflegebedürftigkeit zu sehen. Es verlangt einen besonderen Blickwinkel, wenn berufstätige 50-Jährige Beruf und Pflege miteinander vereinbaren wollen. Zu allen Gedankengängen, die es dazu immer wieder gibt, sage ich: Auch für diese Personen ist die Lebensarbeitszeit endlich. Die Gesellschaft, wir alle haben uns viel zu wenig darauf vorbereitet. Wir müssen dafür neue Konzepte entwickeln.

Wir wollen, dass Familienleistungen stärker anerkannt werden, vor allem im Steuerrecht. Auch im Steuerrecht soll Pflege besser berücksichtigt werden. Die Familie soll dabei wieder im Mittelpunkt der Betreuung stehen.

Da immer von „Mütterrente“ gesprochen wird, sei Folgendes erwähnt: Es darf nicht sein, dass die oder der 50-Jährige, die oder der aufopferungsvoll die Eltern pflegt und Pflege und Berufstätigkeit unter einen Hut bringt, immer noch den Maximalsteuersatz bezahlt. Das gilt auch und gerade für Frauen, die – gewollt oder ungewollt – kinderlos geblieben sind. Hier stellt sich tatsächlich die Frage, wie weit wir das eine gegen das andere immer richtig aufwiegen.

Wir leisten unseren Beitrag, um auch in den nächsten Jahren den Pflegekräftebedarf abzusichern. Mit der Verordnung über die Berufsausübung von Pflegefachkräften sorgen wir dafür, dass die Unterstützung von Pflegebedürftigen und versorgenden Bezugspersonen tatsächlich abgesichert wird.

Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses für Modellvorhaben zur Heilkundeübertragung auf Kranken- und Altenpflegeberufe umgesetzt wird. Damit wird es nämlich den Pflegekräften ermöglicht, bisher ärztlich instruierte Aufgaben der Heilkunde zu übernehmen. So lässt sich die Qualität der Pflege weiter verbessern. Zwischen dem Bedarf und der Anzahl der neu Auszubildenden besteht ein ausgewogenes Verhältnis. Dass wir in Deutschland an der 10-jährigen Schulpflicht als Ausbildungsvoraussetzung für den Pflegeberuf festhalten können, ist eine große Chance. Die entsprechenden Regelungen haben wir in der letzten Legislatur auf Bundesebene fortschreiben können.

Aufgrund der Tatsache, dass es keinen Mangel an Auszubildenden gibt, halten wir auch einen Ausgleichsbeitrag nach § 25 des Altenpflegegesetzes nicht für notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren! Familienpolitik muss aber auch Ereignisse abfedern, die unvorhergesehen eintreten und nicht gewollt sind. Deswegen setzen wir uns für eine aktive Förderung von Familienstrukturen und von Vater-Kind- bzw. Mutter-Kind-Bindungen im Justizvollzug ein, zum Beispiel durch die Einrichtung familienorientierter Bereiche und die Durchführung von besonderen Familienbesuchstagen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen hat bereits viele Anstrengungen unternommen, um den Menschen ein attraktives Umfeld zu schaffen. So können sie die Herausforderungen,

denen sich Familien stellen müssen, hier in Sachsen meistern. Wir werden aber weiter daran arbeiten.

Die kommenden Haushaltsverhandlungen bieten die Gelegenheit, dass wir als Gesetzgeber unsere Vorstellungen von Familienpolitik umsetzen. Die FDP wird die Möglichkeit nutzen, um allen Familien beste Chancen in Sachsen zu bieten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war Frau Schütz für die FDP-Fraktion. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abg. Herrmann. Bitte, Frau Herrmann, Sie haben das Wort.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während des Redebeitrags von Frau Schütz hatte ich oft das Gefühl, dass sie ihre Rede aus der Oppositionsrolle heraus gehalten hat. Anscheinend hat die FDP die vergangenen fünf Jahre nicht ausreichend genutzt, um die von Frau Schütz formulierten Ansprüche in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tillich hat beim Neujahrsempfang in diesem Jahr von einem „überdurchschnittlich familienfreundlichen Klima in Sachsen“ gesprochen und für „Vorfahrt für Familien“ geworben. Frau Clauß hat heute in ihrer Regierungserklärung versucht, dieses familienfreundliche Klima durch Beiträge und Projekte zu untersetzen. Welche Familienmodelle werden von der Staatsregierung wertgeschätzt? Diese Frage hat sich mir gestellt. Wie verlässlich ist die Kinder-, Jugend- und Familienförderung in Sachsen? Gibt es Eltern, Familien und Kinder, die bei der Familienpolitik außer Acht gelassen werden?

Wir haben es schon gehört – Familienmodelle sind heute vielfältiger. Neben den traditionellen Klein- oder Großfamilien gibt es Ein-Eltern-Familien, Patchworkfamilien und Regenbogenfamilien. Wir GRÜNEN sind der Meinung, jedes Kind sollte unabhängig davon, ob und in welcher Form seine Eltern

zusammenleben, die gleiche Förderung, den gleichen Schutz und auch die gleiche materielle Absicherung vom Staat erfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb engagieren wir uns für eine breite Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von Patchwork- und Regenbogenfamilien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das traditionelle Familienmodell ist nicht mehr die Lebenswirklichkeit der Familien in Sachsen. Die neuen Formen des Zusammenlebens von Generationen haben ganz selbstverständlich ihren Platz in der Gesellschaft, ob das nun den Kollegen der CDU-Fraktion ins Familienbild passt oder nicht. Wir alle verpassen Chancen, wenn wir diese Entwicklung nicht befördern. Denn Chancen sind es, wenn Menschen sich aus freien Stücken entschließen, Verantwortung füreinander zu übernehmen, ob nun mit oder ohne Tauschein.

Eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften zum Beispiel wurde bisher nur durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vorangetrieben, wie etwa zur Hinterbliebenenversorgung, zur Erbschaftsteuer oder zum Familienzuschlag für Beamte. Diese fehlende Gleichstellung von Regenbogenfamilien wirkt sich auch im kommunalen Bereich aus. In Dresden klagen derzeit zwei verpartnerte Mütter darum, dass sie bei den Kita-Beiträgen wie ein Ehepaar behandelt werden und nicht wie zwei Alleinstehende. Frau Schütz, das ist die Diskriminierung, die im Freistaat Sachsen vorkommt. Sie haben vorhin eben dargestellt, dass es die nicht gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch in der letzten Legislaturperiode gab es eine Fachregierungserklärung von Frau Orosz mit der Überschrift „Familien bilden Sachsens Zukunft“. Auch damals war die Familienfreundlichkeit Sachsens das zentrale Thema, vor allem angesichts der abnehmenden Geburtenrate. Das ist Grund genug, heute an dieser Stelle einen Blick auf die derzeitige Situation in Sachsen zu werfen. Seit Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, steigen im Bund und auch in Sachsen die Sozialausgaben und insbesondere die Ausgaben für familienunterstützende Maßnahmen und Hilfen zur Erziehung. Laut Statistischem Landesamt beträgt die Steigerung von 2011 zu 2012 7,4 %.

Wir sehen in Sachsen auch steigende Zahlen von Inobhutnahmen. In der „LVZ“ vom 24.01. hat der Sozialdezernent des Landkreises Nordsachsen, Herr Günter Sirrenberg, Folgendes gesagt: „Die Ausgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe haben sich in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Die Hilfen zur Erziehung nehmen einen Hauptteil des Jugendamtsbudgets ein.“ Gleichzeitig ist klar, dass sich die Suche nach den Ursachen schwierig gestaltet. Hilfen zur Erziehung sind nämlich kein Phänomen, das sich ausschließlich an einer bestimmten Gesellschaftsgruppe festmachen lässt. Aber klar ist auch: Wenn präventive Angebote, offene Jugendarbeit, Beratung durch die Jugendämter und freie Träger eingeschränkt werden, steigt der Hilfebedarf. Die Kürzung sogenannter freiwilliger Leistungen zieht eine höhere Inanspruchnahme der Leistungen mit Rechtsanspruch nach dem SGB VIII nach sich.

Deshalb ist mir persönlich die fehlende Umsetzung von Jugendhilfeplänen, sei es nun im Land oder in den Landkreisen, nicht nachvollziehbar.

Ein Beispiel aus dem Landkreis Zwickau. Der 2011 verabschiedete Jugendhilfeplan sieht für Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit 92,85 Vollzeitäquivalenzstellen vor. Im Jahr 2013 deckten die Mitarbeiter in diesem Bereich gerade mal 50,125, also die reichliche Hälfte dieser Vollzeitäquivalenzstellen ab. Den Schwarzen Peter dafür jetzt allein den Landkreisen und kreisfreien Städten zuzuschieben, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre unfair, denn der Landtag hat gegen das Votum der Opposition die Jugendpauschale von 14,30 Euro auf 10,40 Euro gekürzt. Uns allen war klar, dass diese Kürzung Folgen in den Landkreisen haben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die von mir hier nur angedeutete Entwicklung macht klar, dass es bisher nicht gelungen ist, allen Kindern und ihren Familien die Hilfe zuteil werden zu lassen, die sie brauchen. Entweder haben sie keinen Zugang zu Hilfsangeboten, oder die Hilfeformen sind nicht geeignet oder nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Denken Sie nur an Familienhilfen mit zwei Stunden pro Woche. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, lässt sich eine wirksame Arbeit tatsächlich nicht gestalten. Diese Maßnahmen dienen eher der Absicherung des Jugendamtes als der Unterstützung der Familien.

Was also brauchen Familien? Was brauchen Kinder und was brauchen Eltern? Zuerst einmal Zeit füreinander. Beziehungen als Grundlage für das familiäre Leben brauchen gemeinsame Zeit. Dann brauchen Familien, Kinder und Eltern finanzielle Sicherheit und ein Beratungs- und Unterstützungssystem für die vielen Herausforderungen des Lebens. Wir reden häufig zuerst darüber, wie Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen sind. Reden wir dabei wirklich über Kinder, über deren Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse? Kinder, die in vielen Familien ohne Geschwister aufwachsen, brauchen andere Kinder, aber sie brauchen genauso Erwachsene, die Zeit für sie haben und sie ernst nehmen. Kinder brauchen Freiräume zum Spielen und um ihre Fähigkeiten auszuprobieren und Sozialkontakte zu knüpfen. Wenn dabei Lärm, Unruhe und Unordnung entsteht, ist es gut, wenn Sozialarbeiter diese Freiräume für Kinder in den Kommunen erhalten und moderieren.

Kinder haben genauso ein Recht auf unverplante Kindheit. Das vergessen wir, wenn wir in ihnen nur die Fachkräfte von morgen und die zukünftigen Rentenzahler sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die von Ministerpräsident Tillich geforderte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung verkennt die Situation in Sachsen. Weder kann der Bedarf an Kita-Plätzen, vor allen Dingen in den großen Städten, gedeckt werden, noch können es sich alle Eltern finanziell erlauben, diese Wahlfreiheit tatsächlich in Anspruch zu nehmen, noch sind die Rahmenbedingungen zufriedenstellend. Das zeigt auch die Ende Dezember im Sächsischen Landtag eingereichte Petition, in der über 5.000 sächsische Bürgerinnen und Bürger einen besseren Personalschlüssel in den Kitas in Sachsen fordern. Die Auffassung von Herrn Tillich, es gebe gute Betreuungsmöglichkeiten in den Kindertagesstätten und Ganztagsangebote in nahezu allen allgemeinbildenden Schulen im Freistaat, teilen diese 5.000 Eltern offenbar nicht.

Landeserziehungsgeld und Betreuungsgeld daran zu knüpfen, dass Kinder keine Kita besuchen dürfen, wird den Bedürfnissen der Kinder nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die von der FDP durchgesetzten flexiblen Betreuungszeiten in Kitas – sogenannte Flex-Kitas – kommen bei den Eltern offenbar nicht in dem Maße an wie gedacht; denn die allermeisten Eltern wollen auch wirklich Eltern sein und Zeit mit ihren Kindern verbringen. Wie sich Eltern das vorstellen, zeigt eine Forsa-Studie für die Zeitschrift „Eltern“, die im Januar veröffentlicht wurde.

Erstens. Knapp zwei Drittel der Eltern wollen Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen. Zweitens. 38 % wünschen sich, dass sowohl Vater als auch Mutter rund 30 Stunden in der Woche arbeiten, aber nur 6 % können dies in ihrem Alltag umsetzen. Drittens. Das Modell Vater arbeitet Vollzeit, Mutter Teilzeit wird zwar von 57 % der befragten Familien praktiziert, aber nur von 40 % als wünschenswert angesehen.

Zwei Drittel der Eltern sind der Ansicht, dass sie ihren Familienalltag nicht so gestalten können, wie sie es sich wünschen. Da sind in Sachsen mehr als nur Appelle an Unternehmen gefragt. Es braucht politische Maßnahmen, damit Eltern ihr Familienmodell leben können.

Es nehmen zwar immer mehr Väter Elternzeit, allerdings nimmt die große Mehrheit von ihnen, 80 %, nur bis zu zwei Monate. Lediglich 11 % kümmern sich länger als sechs Monate um ihr Kind. Ein Grund dafür ist, dass 41 % der abhängig beschäftigten Väter vermuten, dass die Elternzeit sich eher negativ auf die Karriere auswirken könnte. Wir GRÜNEN wollen die Elternzeit für Männer attraktiver machen. Die Familienpolitik der CDU folgt bisher weiter dem Maßstab, dass die minimale Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Ehe das Maximum an Familienförderung erhält. Das Ehegattensplitting, Eltern- und Betreuungsgeld sehen wir als nicht mehr zeitgemäß an. Es setzt falsche Anreize und wird ganz offenbar den Wünschen der Familien nicht gerecht.

(Vereinzelte Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht erwarten, dass Eltern beruflich flexibel und mobil sind, sich permanent weiterbilden und gleichzeitig für die Familie ein stabiles und verlässliches soziales Netz aufbauen. Im Gegenteil: Wir sehen, dass dieses Netz immer dünner wird und wie die oben beschriebenen schwierigen Situationen für Familien entstehen. Ich sage das nicht nur in Bezug auf die Elternschaft, sondern auch die Partnerschaft leidet unter den beruflichen Anforderungen und der mangelnden Zeit.

Dass Kinder ein Armutsrisiko in Deutschland darstellen, widerspricht der immer wieder beschworenen Familienfreundlichkeit. Deshalb schlagen wir GRÜNEN mit der Grundsicherung ein praxistaugliches, konkret umsetzbares und finanzierbares Modell vor, das Kinderarmut deutlich reduziert und zudem die Ungerechtigkeit in der Kinder- und Familienförderung beendet, bei der Familien mit hohem Einkommen über Freibeträge überdurchschnittlich von den staatlichen Förderungen profitieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für mich sind Familien dort, wo Menschen verschiedener Generationen Verantwortung füreinander übernehmen und Vertrauen, Zuwendung, Achtung und Verständnis füreinander zeigen. Das wünschen sich Menschen in einer Beziehung, in einer Familie. Diese Wertschätzung, die zweckfreie Zuwendung ist durch staatliches Handeln nicht bestimmbar und auch nicht ersetzbar. Wohl aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, können sozialpolitische Rahmenbedingungen jungen und älteren Menschen Freiräume für gelingende Beziehungen eröffnen. Nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch Kinder mit älter werdenden Angehörigen, die Pflege- und Unterstützungsbedarf haben, brauchen diesen strukturellen und finanziellen Rahmen.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte zum Schluss kommen.

Elke Herrmann, GRÜNE: – Ja. – Trotz regelmäßiger Debatten zur Familienfreundlichkeit vieler kleiner und kleinster Projekte, neuer Modellprojekte sowie älterer, die trotz guter Ergebnisse nicht weitergeführt werden, habe ich in den letzten Jahren nicht wirklich einen Paradigmenwechsel festgestellt. Das bedauere ich.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Frau Herrmann. Bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Menschen, die Verantwortung hier in Sachsen für ihre Angehörigen übernehmen, haben mehr Wertschätzung und – vor allem – mehr Unterstützung verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

...

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, das war die erste Runde in der Aussprache zur Fachregierungserklärung. – Die Fraktion DIE LINKE hat noch drei Minuten Redezeit. Sollen diese in Anspruch genommen werden? – Das ist nicht der Fall. Die CDU-Fraktion hat noch 13 Minuten. Herr Abg. Patt, bitte; Sie haben das Wort.

Peter Wilhelm Patt, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs noch einmal an das Leitbild unserer Familienpolitik erinnern, wie es auch das Verfassungsgericht betont: „Ehe und Familie sind Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft.“

Ehe und Familie als Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit, das heißt nicht, dass anderes nicht auch erlaubt ist. Vieles andere ist erlaubt, manches davon entspricht aber nicht dieser Vorgabe, diesem Leitbild, wenn wir über Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft sprechen. Man kann es auch wie der Volksmund sagen: Blut ist dicker als Wasser.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE – Zurufe von der SPD)

Die Shell-Studie macht deutlich, welche Sehnsucht Kinder und Jugendliche haben, wenn sie Stabilität suchen und Ehe und Familie als vorrangigen Wunsch nennen, und das zunehmend in den Jahren, also sehr viel moderner als manches, was hier vorgetragen worden ist. Warum sagen Jugendliche das? Nicht aus Beliebigkeit, sondern sie haben die Beliebigkeit erfahren, und sie haben erfahren, was es bedeutet, in Familien oder in Gemeinschaften aufzuwachsen, in denen Streit geherrscht hat, wobei Ehen und Partnerschaften auseinandergegangen sind. Sie wissen auch, was es bedeutet, wenn man mit alleinerziehenden Eltern, meistens ja Müttern, lebt, mit welchen Anstrengungen das verbunden ist. Diese Kinder und Jugendlichen sagen aus ihrer eigenen Erfahrung: Für uns ist eine stabile Ehe und Familie ein besonders hoher Wert.

Es macht mich dann schon zornig, wenn ich auf diese sehr materielle Orientierung von LINKEN und ein bisschen auch von der SPD reflektieren muss, wie wir das heute gehört haben, wenn die Kollegin Werner auf die Wohlstandsdefinition, auf Vermögen und Geld kommt, wenn sie davon spricht, dass das Arbeitskräftepotenzial zu nutzen ist, und wenn ihr bei Ehe und Familie nichts anderes einfällt als solche Überlegungen, die rein materiell sind.

(Zuruf der Abg. Heike Werner, DIE LINKE)

Die Jugend hat bei der Befragung dieser Shell-Studie nicht gesagt, sie wolle reich werden, sondern sie hat von stabiler Ehe und Familie gesprochen. Da kann man dann wie im Volksmund sagen: Kindermund tut Wahrheit kund. – Kinder erkennen, dass es andere Wohlstands begriffe als nur Materielles gibt. Kinder sind der Wohlstand einer Gesellschaft.

Wenn Geld so wichtig sein soll, muss ich mich fragen, warum die gut verdienenden Akademikerinnen in so großer Zahl kinderlos sind. Also, eine positive Korrelation gibt es sicherlich, aber in der Form, wie Sie das immer wieder auf rein materielle Fragen reduzieren, geht es nicht. Da fand ich es schon richtig, dass der Kollege Dulig von Anerkennung und Wertschätzung gesprochen hat, die man Familien entgegenbringen müsste.

Nun ist Ehe und Familie ein Thema, welches maßgeblich durch die Bundespolitik geregelt wird. Wir aber sind hier auf Landesebene, und wir haben hier vergleichsweise sehr gute Bedingungen, was vielleicht auch der Grund dafür ist, Frau Kollegin Werner, warum die Familienverbände, die Sie ansprechen, gar nicht immer so aktiv werden müssen, und zwar deshalb, weil vieles an Familienorientierung im Freistaat schon so ausreichend gut geprägt ist.

(Zuruf der Abg. Heike Werner, DIE LINKE)

Wenn sich beispielsweise der Katholikenbund ganz und VAMV teilweise zurückgezogen haben, würde ich nicht sagen, dass das ein Zeichen dafür ist, dass alle ihre Wünsche erfüllt worden sind. Aber wir haben eine sehr aktive SHIA und die EAF, die sehr aktiv sind. Das ist sehr zu begrüßen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass das Engagement eingegrenzt wird, wie Sie das dargestellt haben.

Wenn wir über die Zukunftsfähigkeit sprechen, dann müssen wir uns die demografische Herausforderung im Freistaat Sachsen noch einmal vor Augen führen. Wir hatten zur Wende 5,5 Millionen Einwohner, jetzt sind es reichlich 4 Millionen, und diese Zahl wird weiter sinken. Warum? Weil wir eine Unterjüngung haben, weil wir zu wenig Geburten hatten. Das hat mit den besonderen Umständen der Wende zu tun. Aber wenn wir das nicht bewältigen, dann steht die Zukunftsfähigkeit Sachsens schon deutlich auf dem Spiel.

Unser Leitbild ist: Wir brauchen mündige Bürger, die eigenverantwortlich tätig und gemeinschaftsfähig sind. Familien sind der erste und wichtigste Lernort für eine solche Eigenverantwortung und für Solidarität, denn sie schaffen die Voraussetzung für alles andere.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Solidarpakt für Familie zu sprechen kommen und einige Punkte nennen, denn das Problem ist, dass wir nicht das richtige Moment finden, um die richtige Maßnahme zu treffen, mit der alle zufrieden sind. Die Lebensformen und die Familienformen sind schon sehr heterogen. Sie haben das dargestellt. Es gibt nicht die richtige Maßnahme. Deshalb sollten wir uns an Leitbildern orientieren und darauf unser Programm aufbauen.

Ein erster Punkt sind eine gerechte Besteuerung und ein echter Familienleistungsausgleich. Dazu möchte ich Ihnen den horizontalen Vergleich des Deutschen Familienverbandes vorstellen. Dort geht man nach den statistischen Werten des rentenversicherungspflichtigen Entgelts im Osten von einem Durchschnittseinkommen einer Familie von 27.300 Euro brutto im Jahr aus. Bei Ledigen beträgt der sogenannte Überschuss – wenn wir die Abgaben, die Steuern und auch das steuerlich zuerkannte Existenzminimum in Höhe von 8.130 Euro abziehen – 9.740 Euro.

Bei zwei Personen mit einem Kind, also einem Freibetrag von 16.260 Euro, 7.008 Euro noch einmal für das Kind, erreiche ich nach Abzug aller Abgaben und Steuern nicht einmal das aus steuerlichen Gründen zugebilligte Existenzminimum, sondern es fehlen mir 255 Euro im Jahr. Das kann man jetzt mit weiteren Kindern hochrechnen. Bei zwei Kindern sind es schon über 5.000 Euro, die zum steuerlichen Existenzminimum fehlen.

Jetzt sprechen wir noch nicht vom kulturellen Existenzminimum, sondern rein steuerlich. Das Problem hierbei ist nicht die Steuer, sondern das Problem sind die Abgaben. Es wird von den Familien, die Kinder erziehen, neben dem generativen Beitrag, den sie leisten, also dem Erziehungsbeitrag, noch ein Geldbeitrag verlangt – ohne Berücksichtigung ihres generativen Beitrags. Hier ist unser Umlagesystem falsch, und daran müssen wir arbeiten.

Das ist zu ändern. Das hat uns das Verfassungsgericht in den Urteilen vorgegeben. Ich glaube, 1992 und 2001 – also vor vielen Jahren – hat unter anderem Paul Kirchhoff schon gesagt, dass die Bundesregierung und auch die Parlamente bei jeder Maßnahme aufgefordert sind, diesen Nachteil für Familien auszugleichen. Wir kommen dort nicht vom Fleck. Das müssen wir selbstkritisch sagen.

Die Beiträge, die gezahlt werden, sind nicht familiengerecht. Sie sind am besten kinderzahlabhängig zu gestalten. Wir brauchen eine gerechtere Besteuerung – das ist der erste Punkt eines Solidarpaktes – und einen wirklichen Familienleistungsausgleich.

Wir brauchen eine Dynamisierung des Kindergeldes. Kollege Krauß hat mit Recht gesagt, das Kindergeld ist nicht nur eine soziale Leistung, sondern für knapp zwei Drittel der Bevölkerung ist es nur eine Rückzahlung von zu viel erhobenen Steuern. Das wissen die Wenigsten. Das kann man an anderer Stelle noch einmal genauer darlegen.

Wir brauchen auch eine veränderte Einbeziehung des Kapitaleinkommens, welches in diese Abgabenbeiträge nicht einbezogen ist. Derjenige, der keine Kinder hat und mehr auf materiellen als auf familiären Wohlstand setzt, hat möglicherweise ein höheres Kapitaleinkommen. Eltern investieren ansonsten ungeheure Summen in ihre Kinder. Sie leben vom Arbeitseinkommen. Andere leben dagegen sehr stark auch vom Kapitaleinkommen. Dieses wird nach meiner Ansicht zu gering besteuert, und es unterliegt nicht der Abgabepflicht. Das ist ein Punkt, an dem wir bei diesen Gesellschaftsformen und -verhältnissen, die wir heute haben, arbeiten müssen.

In Sachsen allerdings – das haben einige Kollegen vorgetragen – gebe es anscheinend Unterschiede bei der Behandlung, wo die Kinder herkommen. Das möchte ich deutlich zurückweisen! Kollegin Herrmann – ansonsten geschätzt –, Sie haben auch darauf hingewiesen oder vermeintlich angeprangert, es gebe hier Unterschiede. Nein, Sachsen macht keine Unterschiede. Diskriminierungsfrei bekommt jedes Kind die gleiche Zuwendung vom Staat. Die Kommunen unterhalten zahlreiche Einrichtungen für Kinderförderung, die von uns begleitet werden. Hier brauchen wir uns, glaube ich, auch nichts vorwerfen zu lassen.

Ein zweiter Punkt in diesem Solidarpakt für Familien wäre eine familiengerechte Alterssicherung, die den Generationenvertrag zukunftsfähig macht, die endlich betont, dass es ein Drei-Generationen-Vertrag sein muss, und in diesem Umlagesystem nur funktioniert, wenn auch immer ausreichend Kinder geboren werden; denn wir zahlen nicht in eine Kapitalbildung ein und daraus wird unsere Rente gezahlt, sondern die Abgaben, die wir heute bezahlen, dienen der Finanzierung der Renten unserer Eltern oder Großeltern.

Die Leistung für Kindererziehung muss zu gleichwertigen Rentenansprüchen führen, wie der Kapitalbeitrag über die Abgabepflicht. Das Ganze darf auch nicht über Schulden finanziert werden.

Ein dritter Punkt: Wir brauchen eine Wahlfreiheit für die Kinderbetreuung, wie Kollege Krauß es dargestellt hat. Diese müssen wir finanziell ermöglichen. Wir müssen die Betreuungsformen gleichwertig fördern, und es muss den Eltern, deren zuvörderste Pflicht und Recht es nach Grundgesetz ist, gerade in den ersten Jahren für die Bildung ihrer Kinder zu sorgen, freigestellt sein, in welchem Maß und in welcher Mischung sie öffentliche Angebote wahrnehmen und Privates leisten. Aber das Private muss genauso gefördert werden. Wir müssen von dieser Institutionsförderung herunter in eine finanzielle Subjektförderung. Wir müssen das Kind mehr in den Blick nehmen und nicht nur die Institutionen. Der Staat kann es nämlich nicht zwingend besser. Der Staat hat eine Hilfestellung und keine gleichwertige Erziehungspartnerschaft, wie man das in manchen kommunalen Programmen auch schon einmal lesen kann.

(Zuruf des Abg. Martin Dulig, SPD)

In den ersten drei Jahren geht es darum, dass wir nach dem Erziehungsgeld von der Betreuungsform unabhängig die Eltern für ihre Kinder fördern und ihnen finanziell gleichwertige Betreuungsformen ermöglichen. Der Staat kommt dann entsprechend mit der Vorschule und der Schule in die Verantwortung.

Der vierte Punkt ist ein kindgerechtes Betreuungsangebot, das Wert darauf legt, dass wir in den Jahren 0 bis 3 des Kindes auf Bindung Wert legen und das deswegen so familiennah wie möglich ausgestaltet ist. Von 3 bis 6 Jahren ist der Zeitpunkt, zu dem Kindergärten als zentraler Teil des sozialen

Lernens und der vorschulischen Bildung aktiv werden. Nicht bei jedem ist das so möglich. Wir wollen es aber versuchen. Die Bildung ist Elternverantwortung.

Viele andere Punkte kann man für den Familienpakt noch nennen. Ich kann hier auch nicht mehr über Abtreibung und Adoption sprechen, sondern im Fazit nur sagen:

(Dr. Monika Runge, DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

Unsere Aufgabe ist es, die Nachteile für Familien zu beseitigen.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Patt, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Peter Wilhelm Patt, CDU: Bitte.

Dr. Monika Runge, DIE LINKE: Werter Herr Patt, wie erklären Sie sich, dass es etwa bei gleich umfänglichen Ausgaben zur Familienförderung in Deutschland im Vergleich zu Schweden dort ein deutlich besseres Ergebnis bezüglich der Schulleistungen in den PISA-Rankings gibt, die Schulabbrecherquoten nicht so hoch sind etc.? Auch die Geburtenrate ist höher als in Deutschland. Dort geht man den Weg der institutionellen Förderung, während Sie hier wieder ein Hohelied auf die individuelle Subjektförderung gelegt haben. Wie erklären Sie sich dann diese gravierenden Unterschiede in der Familienpolitik?

Peter Wilhelm Patt, CDU: Liebe Kollegin, wenn Sie sich Schweden und Frankreich genauer anschauen, merken Sie, dass es wieder einen großen Rückschwung hin zur Familie gibt, weg von dieser institutionellen Förderung. Auch wenn Sie sich das schwedische Regierungsprogramm ansehen, entspricht Ihre Wahrnehmung nicht mehr den zukünftigen Plänen dort; denn man hat erkannt, welche Schwierigkeiten diese Familien haben, wenn ihnen eine ausreichende Bildung und Bindung fehlen.

Nun können wir auch nicht alles in Schweden, Frankreich oder anderen Ländern mit Deutschland vergleichen. Aber beispielsweise in den sächsischen PISA-Ergebnissen liegen wir durchaus mit Schweden gleichauf. Wir liegen mit unseren sächsischen Ergebnissen im oberen Drittel Europas, –

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: 10 % Schulabbrecher!)

– unabhängig davon, wo der bundesdeutsche Durchschnitt liegt. Wir reden hier über Sachsen.

Als Fazit möchte ich also sagen: Die Nachteile sind zu beseitigen. Ansonsten sollten wir uns ohne Not nicht in die familiären Leistungen, Aufgaben und Verantwortung einmischen. Man muss sie einfach einmal lassen. Mit Adolf Kolping möchte ich schließen, der sagte: „Das Erste, das der Mensch im Leben vorfindet, und das Letzte, wonach er die Hand ausstreckt, also das Kostbarste, was er im Leben besitzt, das ist die Familie.“ Und das ist nicht der Staat.

(Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war Herr Patt für die CDU-Fraktion. Herr Dr. Pellmann?

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Ich wollte eine Kurzintervention machen, Herr Präsident.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Herr Kollege Patt, Sie haben meiner verehrten Kollegin Werner unterstellt, sie habe in ihrem Beitrag vornehmlich das Materielle und das Finanzielle betont. Ich muss Ihnen sagen: Selbstkritik nach Ihrem Beitrag wäre angebracht. Hauptsächlich haben Sie sich hier als Steuerexperte geriert und als jemand, der sich vornehmlich in den Finanzgefilden der Familienpolitik zu Hause fühlt.

Also bitte schön, wenn Sie meine Kollegin kritisieren, dann hätte ich wenigstens erwartet, dass Sie eine Minute später etwas anderes darstellen als das, was Sie hier dann getan haben.

Auf eines möchte ich Sie auch noch aufmerksam machen: Sie meinten darstellen zu wollen, dass verschiedene Familienverbände ja gar nicht mehr so aktiv sein müssten, weil in Sachsen familienpolitisch alles in Ordnung sei. Vielleicht sollten Sie einmal darüber nachdenken, dass möglicherweise Familienverbände, nachdem sie einen Amoklauf hinter sich haben, vielleicht auch sagen: Es hat bei dieser konservativen Familienpolitik, die im Freistaat vorherrscht, gar keinen Sinn, sich noch in die Reihe zu begeben. Das scheint mir der Grund zu sein.

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Verdrehen Sie bitte die Tatsachen nicht. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir in Sachsen – Sie haben selbst ein Beispiel dafür geliefert – ein relativ konservatives Familienbild durch die Regierung haben. Ich will Ihnen, damit Sie mir dann nichts unterstellen können, wenigstens sagen: Wir haben früher im Lateinunterricht Ehe abgekürzt. Ehe hieß damals „Errare humanum est.“ –

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Errare humanum est!)

– für diejenigen, die es nicht wissen: „Irren ist menschlich.“ Ich bin seit 38 Jahren verheiratet, und für mich gilt dieses Sprichwort nicht. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Dr. Pellmann, das haben wir zur Kenntnis genommen. Herr Patt, Sie möchten erwidern?

Peter Wilhelm Patt, CDU: Da würde ich auch so einen Blödsinn wie die Abkürzung „Ehe“ gar nicht erst zulassen und hier zitieren, Herr Dr. Pellmann. Ich glaube, wenn Sie mir zugehört haben oder es möglicherweise nachlesen, dann sehen Sie, dass ich sehr viel differenzierter dargestellt habe, als Sie das hier unterstellen. Aber bei Vorrednern wurden die Arbeitskräftemarktorientierung und die Frage von materiellem Wohlstand deutlich. Die Frage von Glück und Wohlstand durch Kinder wurde überhaupt nicht beleuchtet. Ich habe darauf Wert gelegt. Andere Kollegen haben das zum Teil auch getan. Wenn ich über Finanzen gesprochen habe, dann habe ich über Fehler im System gesprochen. Das ist ein kleiner Teil meines Beitrages gewesen. Vielleicht lesen Sie es noch einmal nach.

Bei den Verbänden wird, glaube ich, nicht Amok gelaufen. Ich selbst arbeite im Deutschen Familienverband und in der Organisation der Landesarbeitsgemeinschaft für Familien, in der diese fünf Verbände zusammengeschlossen sind. Von einem Amoklauf habe ich dort nichts erlebt.

Ich habe deutlich gemacht, dass nicht alles gut ist. Aber es ist vieles gut und vieles besser als in anderen Ländern, die sehr viel größere Probleme haben. Das wissen wir auch aus unserer Arbeit in den bundesweiten Organisationen, wo wir das vergleichen können. Das sollten wir einfach auch einmal sagen, ohne aber nachzulassen, die Dinge, die ich im Programmpaket eben dargestellt habe, weiter zu verfolgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Patt.

– Meine Damen und Herren! Es gibt noch eine Wortmeldung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. Frau Abg. Werner, Sie haben noch 3 Minuten und 54 Sekunden.

Heike Werner, DIE LINKE: Leider reicht die Zeit nicht, um wirklich auf alle Fehler und Unterstellungen, die Sie hier gebracht haben, einzugehen. Deswegen von mir nur ein paar wenige Worte.

Zunächst etwas zum Wohlstand. Ich habe verschiedene Zahlen zitiert, um die unsinnige Transferleistung des Ehegattensplittings darzustellen und zu zeigen, dass die Gelder viel sinnvoller für andere Dinge verwendet werden können.

Zu den Alleinerziehenden. Das war ja genau meine Kritik. Die Studie, die die Staatsregierung in Auftrag gegeben hat, hieß ja nicht „Alleinerziehende wollen erwerbstätig sein. Wie können wir Alleinerziehende dabei unterstützen?“. Die Studie hieß „Wir haben einen Arbeitskräftemangel, wir haben einen Fachkräftemangel, wir haben ein demografisches Problem. Wie können wir mehr Fachkräfte heben und wie kann das Potenzial alleinerziehender Frauen da am besten genutzt werden?“. Das war genau meine Kritik, dass eben nicht die Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen im Vordergrund stan-

den, sondern nur die Frage, wie hier Arbeitskräfte am besten gehoben werden können. Diese Kritik richten Sie also bitte an die Staatsregierung.

Außerdem ist es wirklich eine Frechheit, was Sie über die Familienverbände sagen. Ich weiß nicht, ob Sie in den Gesprächen dabei sind.

*(Alexander Krauß, CDU: Er ist Landesvorsitzender vom Familienverband.
Er wird es wohl besser wissen!)*

– Genau, er hält sich seinen eigenen Familienverband. Genau so ist das, Herr Krauß.

Die Gespräche, die ich mit Familienverbänden geführt habe, gehen in eine ganz andere Richtung. Sie sagen nicht, es ist alles gut, sondern im Gegenteil, dass die Probleme immer größer werden. Wenn Sie sich im Land umhören, dann hören Sie es doch allerorten. Die Probleme für Familien werden immer komplexer. Wenn Familien in eine schwierige Situation gekommen sind, dann kommen sie aus diesem Moloch kaum noch heraus. Die Familienverbände laufen vielleicht nicht Amok, das ist ein Begriff von Herrn Pellmann, aber sie sind immer wieder hier und sagen: Dies oder das muss unbedingt angegangen werden, damit Familien im Land ein gutes Auskommen haben. Die Familienverbände haben sich also nicht zurückgezogen, weil hier alles gut ist, im Gegenteil, die Probleme sind größer geworden. Familienverbände mussten sich zurückziehen, weil die Finanzierung unheimlich schwierig ist. Die wenigen Familienverbände, die noch ihre Arbeit leisten können, sind entweder von der Kirche getragen, die das unterstützen kann, oder es sind Frauen und Männer, die tatsächlich im Ehrenamt nicht nur drei oder vier Stunden,

(Alexander Krauß, CDU: Die Alleinerziehenden sind 60 Mitglieder und haben einen Hauptamtlichen. Wo gibt es denn sonst so etwas?)

– Schreien Sie bitte nicht ganz so.

sondern zehn bis 20 Stunden in der Woche agieren, um Alleinerziehende zu unterstützen. Das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen und entsprechend wertschätzen und nicht mit so einem Quatsch hier auftreten.

(Beifall bei den LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Aus den Reihen der Fraktionen liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich frage noch einmal die Staatsregierung, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Die Aussprache zur Fachregierungserklärung ist damit beendet und dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Impressum

Stand: Mai 2014
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Foto: © Gerd Altmann / PIXELIO

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
<http://linksfraktion-sachsen.de>

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de